

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Mark, monatlich 50 Pfennig...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Wort und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierleistung kostet 10 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 22. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Verschärfte Lage im Reichstag.

Getreidenulage und Steuerfragen.

Entgegen den beschwichtigenden Mitteilungen vieler bürgerlicher Blätter ist festzustellen, daß der gestrige Tag keine Entspannung der innerpolitischen Lage...

Durch die Vorgänge im Steueraussschuß wird die Lage noch verschärft. Es sind offensichtliche Bestrebungen im Gange, die Zwangsanleihe in ihrem Wesen so grundlegend zu verändern...

Es ist vollkommen klar, daß die Sozialdemokratische Partei weder bei der Getreidenulage noch bei der Zwangsanleihe Änderungen hinnehmen kann...

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich gestern in vielstündiger Beratung mit der gesamten innerpolitischen Lage beschäftigt...

Rur wenn sich die bürgerlichen Parteien über diese Tatsache vollkommen klar sind, wird eine kritische Zuspitzung der Lage, die zu Neuwahlen führen muß, vermieden werden können.

Die Gewerkschaften gegen die Preistreiberei

Leipzig, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress nahm heute einstimmig folgende Entschlieung gegen die Teuerung an:

Der Kongress nimmt mit Genugtuung Kenntnis von den unausgesetzten Bemühungen des Bundesvorstandes zur Bekämpfung des Lebensmittelpreises...

Die Inflation führt fortwährende Verteuerung der Lebenshaltung zwingt die Gewerkschaften, in immer kürzeren Zwischenräumen Lohnserhöhungen zu fordern...

Wenn die gesamte Arbeitnehmerschaft nicht unter der doppelten Last der Teuerung und einer ungeheuren Bürde an Steuern und Zöllen zugrunde gerichtet werden, oder aber die Gefahr der

Selbsthilfe in bedrohlicher Weise heraufbeschworen werden soll, dann ist es dringend geboten, daß die Reichsregierung endlich wirksamere Maßnahmen gegen die Teuerung und ihre Urheber ergreift.

Berlin für volle Getreideerfassung.

Der Berliner Magistrat hat an den Reichsernährungsminister, an den Reichskanzler, an den Reichsfinanzminister, an den Reichstag und an den Reichsrat ein Schreiben gerichtet...

Protestversammlungen

am Freitag, den 23. Juni, abends 7 Uhr, in folgenden Lokalen:

- Brauerei Böhm, Prenzlauer Berg (Garten).
Vöhmische Brauhaus, Landberger Allee 11/13.
Krieger-Vereinshaus, Chausseestr. 94.
Schultheiß-Ausschank, Hildisstr. 2/3.
Neukölln, Schultheiß (Wintergarten), Hasenheide 30/38.
Schöneberg, Uhlendamm, Kolonnenstr. 23/24.
Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Schule, Scharrenstraße 23/24.
Pichtenberg, Reform-Realschule, Parkane.
Steglitz, Lyzeum, Rothenburgstr. 1.
Tempelhof, Gymnasium, Kaiserstraße in Mariendorf.

Tagesordnung:

„Soll das Brot 60 Mark kosten?“

Referente: Abgeordnete Alara Bohn-Sandh, Richard Fischer, Hartleb-Hannover, Kurt Grünig, Hähnlich, Jäder-Diffendorf, Käppler, Krüger-Werkeburg, Erich Antner, Waigand-Bremser.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, Kriegs- und Invalidenrentner, erscheint in Massen!

undurchführbar ist. Der zur Durchführung der geplanten Maßnahme erforderliche Apparat, schreibt der Magistrat, könne in keiner Weise den minimalen praktischen Erfolg...

In der gestrigen Sitzung des Berliner Staatsausschusses richtete ferner der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion eine Anfrage an den Magistrat, was er getan habe und noch zu tun gedenke...

Massenkundgebungen in Sachsen.

Teilnahme des Gewerkschaftskongresses in Leipzig.

Leipzig, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Landesversammlungen der drei sozialistischen Parteien und des ADGB Sachsens rufen heute alle Arbeiter, Angestellten, Beamten und Republikaner zu Massenkundgebungen gegen die besonders in Sachsen außerordentlich stark ausbreitende Reaktion auf...

Die Zwangsanleihe.

Eine ungeheure Vermögensverschiebung ist in Deutschland infolge der Geldentwertung vor sich gegangen. Industrie und Landwirtschaft haben nicht nur ihre 'Wiedererlangungskosten' hereingekehrt, sondern weit darüber hinaus ihre Gesamtlage verstärkt...

Müssen nämlich Steuern gezahlt werden, so gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder zahlt der Besizer oder der Verbrauch. Es war Erzbergers großes Unglück, daß er glaubte, auf die breiten Volksmassen bei der Verteilung von Steuern Rücksicht nehmen zu müssen...

Diese Ueberlegungen haben im vergangenen Jahr, nachdem durch die Annahme des Londoner Ultimatus vorläufig einmal die äußere Schuld Deutschlands eine bestimmte Gestaltung erhalten hat, zu dem Gedanken der Belastung der Sachwerte geführt...

Unter dem Druck dieser von den Arbeitermassen erhobenen Forderung wurde, nachdem sich das zunächst von der Industrie gemachte 'große Kreditangebot' in Devisen als eitel Schaumgeschlagerei erwiesen hatte, nach schweren Kämpfen schließlich dem Besizer die Zwangsanleihe abgerungen.

Um die Zwangsanleihe auf den Besizer umzulegen, mußte ein Maßstab der Belastung gefunden werden. Der vorliegende Regierungsentwurf hat zu diesem Zweck die vom Einzelnen aufzubringenden Beträge in ein gewisses Verhältnis zu seinem Vermögen gesetzt...

Entsprechend der vorläufigen gesetzlichen Festlegung der Zwangsanleihe aus dem April d. J. legt der endgültige Regierungsentwurf für die Anleihe während der ersten drei Jahre Unverzinslichkeit fest...

Es ist kein Zweifel, daß die Zwangsanleihe in der vorliegenden Form die von den geeinten Arbeitermassen erhobene Forderung nach einer Belastung des Besizers nur zum recht geringen Teil erfüllt.

Die Sozialdemokratie hatte, als der Anleihegedanke an die Stelle der unmittelbaren Besitzübertragung durch die Allgemeinheit getreten war, die Auflage einer Golds

anleihe gefordert, die dem Pflichtigen das Bakularisiko zu geschoben hätte und eine Belastung gewesen wäre, der sich kein Besitzstand hätte entziehen können. Die Sozialdemokratie sieht daher heute dem Gedanken der Zwangsanleihe in völliger Objektivität gegenüber. Wenn man aber die Angriffe der Rechten auf den vorliegenden Regierungsentwurf hört, wenn man vor allem die schriftstellerischen Leistungen des Reichsbankrottes Hefferich liest, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß bei aller Mangelhaftigkeit die Vorlage doch wieder einmal ein ernsthaftes Stück Besitzbelastung darstellt. Darum wird die Sozialdemokratie, ihren lebhaften Bedenken zum Trotz, für die Durchsetzung der Vorlage, allerdings mit erheblichen Verbesserungen in unserem Sinne, kämpfen.

Die Wortführer des Besitzes versuchen ihren nackten Interessenstandpunkt hinter volkswirtschaftlichen Bedenken zu verdecken. Es ist ein viel beliebter Einwand gegen die Zwangsanleihe, daß sie der Produktion das Betriebskapital entziehe. Darauf ist zu erwidern, daß gerade die sachverständigsten Kreise, nämlich die Banken, das Bestehen jeder Kreditnot entschieden leugnen.

Die geringe Inanspruchnahme der bestehenden gemeinwirtschaftlichen Kreditinstitute, vor allem des deutsch-holländischen Kredites, bestätigen diese Meinung übrigens vollumfänglich. Wenn man die heutige Dividendenausschüttung in Vergleich stellt zu der durch die Zwangsanleihe bewirkten Belastung, so kommt man zu dem Ergebnis, daß kaum die Dividende eines einzigen Jahres von der Zwangsanleihe in Anspruch genommen wird. Ueber dieses für ihn sicher unbedeutende Ergebnis wird sich der Aktionär durchweg sehr leicht aus den Reserven, stets aber mit dem Arbeiter trösten können, dem durch die Geldentwertung in den letzten 14 Tagen wieder einmal rund 15 Proz. seines Reallohnwertes unbemerkt aus der Tasche gezogen worden sind.

Wenn schließlich eine gewisse Verengung der Betriebsmittel ein Eindämmen der spekulativen Anlagen und eine stärkere Rationalisierung der Produktion zur Folge haben würde, so müßte man die Zwangsanleihe gerade vom produktionspolitischen Standpunkt aus auf das lebhafteste begrüßen.

Im engen Zusammenhang mit der Frage der Kreditnot steht eine oft erhobene Forderung der kapitalistischen Kreise, die Zwangsanleihe müsse so ausgestaltet werden, daß ihre Beleihbarkeit auf jeden Fall sicher gestellt sei. Nun ist aber das einzige wirkliche Opfer des Besitzes bei der Zwangsanleihe gerade der niedrige Ausgabekurs. Wer die Anleihe, die ein anderer gezeichnet hat, nachher auf dem Markt erwirbt, findet in ihr bei der Aussicht auf steigende Verzinsung und damit auf Kurssteigerung auf jeden Fall ein rentables Anlagepapier, vielleicht sogar Spekulationspapier. Für diese Leute braucht man nicht noch durch höhere Verzinsung Sorge zu tragen.

Einen besonders hübschen Einwand gegen die Zwangsanleihe bringt das Finanzgenie Hefferich. Er meint nämlich, daß die Prozentfüße in der Regierungsvorlage so hoch seien, daß weit mehr als eine Goldmilliarde eingehen werde. Eine nähere Durchsicht der Regierungsvorlage bringt einen leider zu der entgegengesetzten Ueberzeugung.

Da die Vorlage die Bewertungsgrundsätze der Reichsvermögenssteuer zugrunde legt, für die Bandwirtschaft also „nachhaltigen Ertragswert“, sind wir schon heute sicher, daß der landwirtschaftliche Besitz nicht wie Hefferich behauptet mit dem 60fachen, nicht einmal wie die Vorlage mit dem 12fachen des Vorkriegswertes, sondern nach der bewährten Verschleppungspraxis der Agrarier bestenfalls mit dem 3- bis 4fachen des Vorkriegswertes eingelegt wird, wahrscheinlich noch sehr viel niedriger.

Der Entwurf zeichnet ferner die Gesellschaftsvermögen wieder einmal dadurch aus, daß sie nur mit der Hälfte zur Veranlagung herangezogen werden. Effekten sollen nur mit 75 Proz. des Wertes vom 28. April d. J. eingelegt werden. Ein besonderer Schutz der Pflichtigen über 60 Jahre ist vorgesehen. Bei der „Gefahr der Einstellung oder wesentlichen

Einschränkung des Betriebes“ soll die Zeichnung und Zahlung gestundet werden. Ein „Loch“ ist also neben das andere gesetzt. Insbesondere ist die letzterwähnte Bestimmung völlig unhaltbar, da sie zur Vorspiegelung falscher Tatsachen geradezu anreizt und eine leichtfertige Arbeiterentlassung sozusagen mit Geld prämiiert.

Es sind die größten Zweifel berechtigt, ob die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt die geforderte Goldmilliarde voll erbringen kann. Daher wird es Sache der Reichstagsverhandlungen sein, durch Beseitigung der erwähnten Begünstigung den Finanzertrag sicher zu stellen.

Eine ebenso wichtige Frage ist: Sichern die Bestimmungen in der Regierungsvorlage eine hinreichende schnelle Einziehung? —

Die Vorlage will die schnelle Einzahlung, wie erwähnt, durch Strafzuschläge für den Fall der Verzögerung oder der Falscheinschätzung erzwingen. Diese Strafzuschläge sind jedoch bei der heutigen Geldentwertung bei weitem zu niedrig. Nachdem heute alle Größen der Wirtschaft, von Stinnes angefangen, den Glauben an eine weitere Geldentwertung mit allen Mitteln nähren, werden bei dieser Sachlage gerade die Kreise des werdenden Besitzes auf die Abwärtsbewegung der Marktspekulanten und durch ihre Steuerverweigerung schließlich auch den erwarteten Effekt erzielen. Dagegen hilft nur ein einziges Mittel: Der durch weitere Geldentwertung hervorgerufene Ausfall muß restlos auf den Zahlungspflichtigen abgewälzt werden. In die Vorlage ist daher eine Bestimmung aufzunehmen, daß die am 1. November 1922, als dem Stichtag der Vorauszahlung, fällige Summe nach dem Kurs des Dollars in Goldmark umgerechnet wird. Am Zahlungstage wird die gleiche Umrechnung nach dem feinerzeitigen Dollarkurs vorgenommen. Der für den Zeichnungspflichtigen ungünstigere Termin wird seiner endgültigen Veranlagung zugrunde gelegt.

Warum werden nicht als vorläufige Zahlung die längst endgültig veranlagten letzten zwei Drittel des Reichsnotopfers sofort eingezogen und auf die endgültige Veranlagung der Zwangsanleihe verrechnet? Hier wäre ohne die stets so beliebte Ausrede der Ueberlastung der Finanzämter innerhalb weniger Wochen ein großer Teil der geschuldeten Summe mühelos aufzubringen!

Schließlich muß die Sozialdemokratie noch einmal den Grundgedanken der Zwangsanleihe betonen. Nach einem oft zitierten Wort soll sie „ein sichtbares Opfer des Besitzes“ sein. Trifft die Gesetzesvorlage in ihrer jetzigen Fassung wirklich denjenigen Teil des Besitzes, der aus den bisherigen wirtschaftlichen Nöten sich unversehrt hat retten können, nämlich den Sachwertbesitz? Diese Frage muß leider verneint werden.

Die Sozialdemokratische Partei wird bei der bevorstehenden Reichstagsberatung auf eine derartige Vorwegbelastung des Sachwertbesitzes dringen müssen, wenn die der Zwangsanleihe zugrunde liegende Besitzfassung wirklich für die betroffenen Kreise ein ernstliches und sichtbares Opfer der leistungsfähigsten Besitzer darstellen soll.

Lohnerhöhung in Preußen.

Der preußische Finanzminister gibt in einer neuen Verfügung bekannt, daß nach Vereinbarung mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer die Grundlöhne und Teuerungszuschläge der Lohnempfänger bei den preußischen Verwaltungsbehörden mit Wirkung vom 1. Mai d. J. erhöht worden sind.

Anspruch auf die Lohnerhöhungen haben alle Lohnempfänger, die sich am 19. Mai 1922, dem Tage der Veröffentlichung mit den wirtschaftlichen Arbeitnehmervereinigungen, im Staatsdienst befunden haben. Auf Antrag sind Nachzahlungen indes auch beim Ausscheiden aus anderen Gründen zu leisten, wenn der ausgeschiedene Lohnempfänger noch im Monat Mai oder Juni d. J. wieder in den Staatsdienst eingestellt wird. Die Nachzahlung auf Antrag erfolgt auch beim Ausscheiden infolge Todes an die Erbberechtigten.

Flaggenkandal in Oberschlesien.

Die Uebernahme der ober-schlesischen Städte Kreuzburg und Oberglogau in deutsche Verwaltung vollzog sich unter Formen, die tief beschämend sind. Es mag sein, daß ein Teil der deutschen Bevölkerung, durch die jahrelange Bedrückung erbittert, aus einer gewissen nationalen Opposition heraus die Flagge des ehemaligen Kaiserreichs zeigte, wobei die Demonstration nicht der deutschen Republik, sondern jenen galt, die Oberschlesien das Unrecht zugefügt haben. Aufgabe der Freunde der deutschen Republik wird es sein, hier aufklärend zu wirken und die Aufmerksamkeit unserer ober-schlesischen Landsleute auf die großen Aufgaben der Zukunft hinzuwenden, die gerade im ober-schlesischen Grenzland sehr ernste Kultur- und Friedensarbeit verlangt. Das demokratische Deutschland wird keinen Zweifel daran lassen, daß es bereit ist, mit beiden Händen an dem Aufbau des Landes mitzuarbeiten, das wie kein anderer Landesteil unter der nationalstiftischen Verhehung gelitten hat.

Anders verhält es sich mit jenen Kreisen, die bei der Uebergabe der ersten Zone Vertreter der Regierung waren. Sie mußten sich dessen bewußt sein, daß sie das Deutsche Reich den alliierten Mächten und dem Völkerbund gegenüber vertraten, sie mußten sich bewußt sein, daß sie mit der Uebernahme einen Akt von höchster innen- und außenpolitischer Bedeutung vollzogen. Es wird aufs peinlichste zu untersuchen sein, inwieweit die zivilen Behörden bei der Handlung von den Intentionen des ehemaligen Kaiserreiches Gebrauch machten und aus welchen Ursachen das geschah. Vor allem werden diejenigen Offiziere zur Rechenschaft gezogen werden müssen, die sich geweigert haben, die schwarzrotgoldene Fahne zu hissen und die Mißbrauch den kaiserlichen und königlichen Flaggen trieben. Es ist schimpflich, wenn deutsche Offiziere von italienischen Soldaten darüber aufgeklärt werden müssen, wie die Farben der deutschen Regierung aussehen. Nichts könnte die Lämmerlei von Flegeln, die nicht genug Ehrgefühl besitzen, um aus ihrer Gesinnung die richtigen Konsequenzen zu ziehen, besser illustrieren.

Aber die Angelegenheit ist mehr als ein Einzelfall, sie ist ein offener Zusammenbruch des Systems Gehler. Wer hat die Offiziere ausgesucht, die mit der wichtigen Mission der Uebernahme betraut waren? War Reichswehrminister Gehler nicht über die in Aussicht genommenen Truppenteile und ihr Offizierkorps unterrichtet? Die Vermutung liegt nahe, daß die Gesinnung dieser Offiziere keine Ausnahme ist. Man muß also immer daran gefaßt sein, daß diese Herren da Schwierigkeiten machen, wo es in ihrer Macht steht, das Ansehen des Reiches zu schädigen. Man muß, wahr-scheinlich, auf Schlimmeres gefaßt sein. Das aber ist ein unhaltbarer Zustand. Was gedanken die Demokraten zu tun, um Gehler aus seiner Gefangenschaft zu befreien?

Die Deutschland zugespprochenen Teile Oberschlesiens kehren jetzt sozusagen aus ihrer Gefangenschaft zurück. Hier liegt die Gefahr nahe, daß sie in eine andere Gefangenschaft, die der deutschnationalen Behörden und Propagandaorgane, geraten. Das darf nicht sein. Oberschlesien ist ein Land, in dem die Arbeiterschaft und die demokratischen Volksschichten in der Mehrheit sind. Sache der Regierung ist es, dafür zu sorgen, daß die Verwaltung eine entsprechende wird, Sache des Parlaments, daß die kulturellen Aufbaumittel und die Hilfsfonds nicht zum Schaden des neuen Deutschland angewandt werden.

Zwischenfall in Kreuzburg.

Hindenburg, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montag ist die erste Zone Oberschlesiens geräumt und von deutschen Truppen besetzt worden. Kreuzburg und Oberglogau wurden in deutsche Verwaltung genommen. Der Einzug der deutschen Truppen und Polizeimannschaften vollzog sich unter dem Jubel der Bevölkerung. Eigentümlich berührte es, daß die Flaggendekorationen sowohl in Kreuzburg wie in Oberglogau fast

Herrlich lebt der Feldsoldat.

Von Hans Klabaubermann.

Zu meinem Bedauern bin ich gezwungen, meine Anschauungen über den Krieg zu vermindern. Ich nahm bisher an, daß die mit Krieg beschäftigten Militärsoldaten auf allerlei Komfort, wie Damenbetten und anständige Behandlung, verzichten mußten. In dessen hat vor wenigen Tagen ein Prozeß gegen einen Schieber die völlige Haltlosigkeit dieser Meinung bewiesen. Bei dem Schieber fand nämlich die Kriminalpolizei die Feldflasche von S. M. Trinkenbecher und Stöpsel waren aus echtem Gold, der Stöpsel war sogar mit Edelsteinen verbrämt. Die Einfachheit der hohenzollern ist ja sprichwörtlich. Ebenso wie der Kaiser keine Parteien mehr kannte, verzichtete er, wie jedes Kind weiß, in seinem Empfinden im Volke und es trank im Krieg aus der Mannschaftsflechte. Nach der Revolution fanden sich im Berliner Schloß ganze Wagenladungen Dalkaffee und Konserven, ein Beweis, daß er, wo das Volk darbt, lieber die Vorräte verrotten lassen als schlechten wollte. Von den Paraden her ist uns bekannt, daß er sich besonders wohl an der Spitze seiner Truppen fühlte. Diese Hinweise genügen, sich ein lebendiges Bild vom fröhlich-fröhlichen Krieg zu machen. Ein Sturmangriff gestaltete sich demnach so: Volle Spannung auf die zu erwartenden interessanten Ergebnisse wandern die Truppen über eine Anhöhe, angeregt durch das herrliche Gepolde der obersten Kriegsherrn, der als erster die Siegespalme pflanzen will. Seine Ausrüstung ist zweckentsprechend schlicht, aber abrett, und unterscheidet sich in nichts von dem eines gewöhnlichen Muschlos. Pflüchlich sagt er: „Herr Russetier Schulze, wollen Sie so liebenswürdig sein, mir was zu trinken zu geben!“

Die Feldflasche, von der wir ausgingen, lag, als sie das Licht der Kriminalpolizei erblickte, säubertlich in einem Samtutel. Das ist der springende Punkt. Hier ist der zwingende Beweis, daß die grüßlichen Schilderungen von der Abgehörtheit der Feldsoldaten den Fingern blutdürstiger Reporter entzogen sind. Eitles Geschwafel. In Wahrheit öffnet der Russetier Schulze bedächtig die Samtschachtel und füllt den goldenen Becher mit eisgekühltem Trank. Die übrigen Soldaten schlürfen aus Reichener Porzellan ihren Rokka, verzehren ihre Kapunen oder was ihnen sonst die Gulafschanone spendet, und erwarten gelassen das Ende des Tages.

Selbst schwerreiche Leute erlauben sich selten den Luxus, der, wie wir sehen, dem Frontkämpfer zu Gebote stand. Dem Frontkämpfer, denn welcher andere Soldat benötigte sonst wohl eine Feldflasche? Was Wunder, wenn heute in diesen dürftigen Tagen die Militärs den Zauber der goldenen Zeit immer wieder erstehen lassen wollten? Was liegt näher, als daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg noch einmal seine Geburtsheimat besuche, frage am vergangenem Sonntagabend im Landtag der deutschnationalen Abgeordnete

Rübke. Und was lag näher, fragen wir, als daß die Marine der Republik zu dieser privaten Reise des greisen Feldherrn einige Minensuchboote von Pillau nach Königsberg entsandte. Der Spaß hat zwar allein 200 000 Mark gekostet, aber das spielt in einem Lande keine Rolle, in dem die Kriegsbeschädigten dank ihrer hohen Rente ein Leben in Saub und Braus führen. Helfta. Bewundernd schauen wir auf zu der heißen Heimatliebe Hindenburgs. Der Minister hätte ihn gebeten, seine Reise einstellten aufzuschieben, da sie außenpolitisch Schaden stiften könnte. Ein solches Ansinnen lehnte der Feldmarschall natürlich rundweg ab. So brennend war seine Liebe zu Heimat und Vaterland. Nicht jeder hat allerdings das Glück, sich im Mittelpunkt von Klimbim sonnen zu dürfen, wenn er das Land seiner Vorfahren wiedersehen will. Man muß mindestens einen Krieg verloren oder sonst etwas Bewundernswertes geleistet haben. Mein alter, schon etwas kindisch gewordener Großvater Karl Klabaubermann aus Hohensalza, der vor Jahren in dieser fernen Stadt einen Laden mit Seife betrieb, richtete neulich an den Bürgermeister das Verlangen, ihm bei seinem demnächst zu erwartenden Besuch der Stadt zur Vertiefung der Wiedersehensfreude eine Kinderparade aufzubauen. Er habe sich von wegen der Seife halber große Verdienste um den Gesundheitszustand der Bevölkerung erworben. Auf dies Schreiben lief keine Antwort ein. Ich stelle fest, daß Hohensalza im Anschluß an den von Hindenburg geführten Krieg inzwischen an Polen gefallen ist und jetzt Inomrazlaw heißt. Sonst wäre meinem Großvater wohl zweifellos die Ehrgang zuteil geworden. Zum mindesten hätte die republikanische Reichswehr die Ehrgang durch Abknattern einiger Handgranaten festlich gestaltet.

Der letzte Generalintendant der preußischen Hoftheater. Graf Hülsen-Haeseler ist am Mittwoch in Berlin im 65. Lebensjahre gestorben. Die Presse — selbst die linksstehende — wird ihm gerühmt und ehrende Nachrufe widmen, seine Leutseligkeit, sein feindschaftliches Wesen preisen — immer noch unter dem Eindruck des kaiserlichen Glanzes, den Wilhelms Theatergewaltiger widerspiegelt. Die sozialistische Presse wird demgegenüber zu konstatieren haben, daß dieser Theatergraf in allem das wilhelminische Regime repräsentiert, in der herausgehobenen des absolutistischen Herrenstandpunktes, der das Theater zur Kaserne machte, nicht minder wie in der völligen Unterordnung der Kunstinteressen unter die Launen des künftremdesten Bauaufens, der je Preußens Thron einnahm. Persönlich hatte Herr von Hülsen unendlich mehr Geschmack als sein Herr, dessen getreuer Diener er war. Aber er war und blieb Wilhelms Stabträger, ein Zeremonienmeister des Hofes in Kunstangelegenheiten, aber kein selbständiger Diener der Kunst. Rog unter ihm der technische Betrieb sauber und fleißig gewesen sein, mag man's gute Inszenierung besonders älterer Opern ihm zu danken sein, die Hoftheater blieben Hofanstalten, die, obwohl vom Volke bezahlt, von dem absoluten Willen eines geistlosen Fürsten abhängig blieben und mit der lebendigen Entwicklung der Zeit keinen Schritt hielten. Hülsen's Vater, der auch Generalintendant war, hatte Wagner die Hoftheater geperrt und war dafür von der Kritik zum Direktor des Zirkus Hülsen

ernannt worden. Hülsen der Sohn sperrte Wilhelm zuliebe alles Moderne aus und machte erst, als es viel zu spät war, schlichternde Versuche, Sudermann hoftheaterfähig zu machen.

Die Karriere Hülsen's ist die typische: Sohn eines hohen Hofbeamten, Leutnant, Prinzenadjutant, Militärattaché, Intimus des Kaisers, zunächst Intendant in Wiesbaden, wo er für die Festbedürfnisse von S. M. Festspiele arrangierte, dann als Generalintendant nach Berlin berufen. Seine prunkhaften Operninszenierungen machten ihn dem Augustinistike Wilhelms unentbehrlich. Nach der Revolution konnte er als der verhasste Träger des alten Systems nicht öffentlich weiter funktionieren, blieb aber hinter den Kulissen tätig. Ein Artikel des „Vorwärts“ verhinderte es damals, daß er mit Hilfe des alten Apparates wieder in Betrieb gesetzt wurde. Dafür wurde er Präsident und später Ehrenpräsident des Bühnenvereins, der in ihm begreiflicherweise die gute alte Zeit der direktorialen Allmacht verkörpert sah.

Ost und West im New Yorker Theaterleben. Daß der Osten und Westen New Yorks, die von der 5. Avenue getrennt werden, in dieser sprach- und völkerrreichen Weltstadt zwei verschiedene Welten darstellen, wurde durch ein interessantes Theaterexperiment kürzlich bewiesen. Seit langer Zeit hat der englischsprachige Teil von New York erstaunliche Dinge von dem ungeheuren Erfolg eines Theaterstückes vernommen, das auf der Offside gespielt wurde und allabendlich überfüllte Häuser erzielte. Das Stück heißt „The Bronx Express“, und der Name gibt bereits Auskunft über das Milieu des Dramas, denn der „Bronx“ ist bekanntlich das Heim der New Yorker Juden, und die Untergrundbahn, die dahin führt, wird „Bronx Express“ genannt. Das Stück war ursprünglich in russischer Sprache verfaßt, und da es gegenwärtig 900 000 geborene Russen unter der Einwohnerchaft von New York gibt, so war für das Werk eine genügend große Zuhörerschaft vorhanden. Nachdem das Stück in russischer Sprache einen riesigen Erfolg gehabt hatte, wurde es ins Jiddische übertragen. 10 Proz. aller Juden der Welt leben ja in Amerika, und von diesen wieder 50 Proz. in New York. Auch im Jiddischen fand „The Bronx Express“ den allergrößten Beifall, und der Ruhm dieses Volksstückes drang über die 5. Avenue hinüber nach dem Westen New Yorks, wo die Theaterdirektoren nach zugkräftigen Stücken sehr begierig sind. Für das Aufführungsrecht wurden also große Angebote gemacht, und schließlich erwarb der Theaterdirektor Coburn das Recht der Aufführung und der Uebersetzung ins Englische. Als aber nun das Stück im Englischen in New Yorker Theatern erschien, ging es spurlos an den Zuhörern vorüber, und man schüttelte allgemein den Kopf über diese Theaterfensation des Ostens. Es sind eben zwei verschiedene Welten des Geschmacks und der Kultur, die hier eng beieinander liegen.

Das größte Dampfkraftwerk Deutschlands. Das in der Vorder-eifel im Braunkohlengbiet gelegene Goldenberg-Werk des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks, nach dem verstorbenen Direktor dieses Werkes benannt, wird nach Inbetriebnahme der jetzt in Angriff genommenen Erweiterung mit rund 300 000 Kilowatt Maschinenleistung das größte Dampfkraftwerk Deutschlands sein und das Großkraftwerk Golpa bei Bitterfeld übertreffen.

durchweg die schwarzweißroten Reichsfarben aufwies. Aber auch die weißroten und mit den Preußenfarben in die Städte ein.

Aus Kreuzburg wird uns geschrieben: Nachdem am Sonntag nachmittag um 1/2 5 Uhr die Schupo in Kreuzburg ihren Einzug gehalten hatte, sollte am 19. Juni 10 Uhr vormittags die Uebergabe an die deutsche Behörde erfolgen. Aus irgendeinem Grunde wurde dieser Akt um 1 1/2 Stunden verzögert. Es war bekanntgegeben worden, daß beim Fahnenwechsel eine Kompagnie Italiener vor den Interalliierten sowie auch vor der deutschen Fahne Ehrenbezeugungen erweisen sollte. Da von deutscher Seite nicht die deutsche Fahne, sondern die Preußenfahne gehißt wurde, verweigerten die italienischen Truppen die Ehrenbezeugung, und jeder rechtlich Fühlende wird sagen mit Recht, denn nicht an Preußen, sondern an Deutschland wird Oberschlesien zurückgegeben. Aber die deutschen Behörden schienen auch damit gerechnet zu haben; denn kaum war der letzte Schritt der italienischen Truppen verfaßt, als wie auf Kommando eine Abteilung berittener Schupo aus dem Gehöft des Landratsamts zum Vorschein kam, die von der nach Tausenden zählenden Volksmenge stürmisch begrüßt wurde. Auf den Ruf des Landrats: „Fahne heraus!“ erschien an derselben Stelle, wo bisher die interalliierten Fahnen wehten, die Preußenfahne, stürmisch von der Menge begrüßt. Die Schupo salutierte, und die Stadtkapelle spielte „Deutschland über alles“. Es folgte der erste Vers des Preußenliedes. Die Stadt prangt im Fahnenputz. Genau so, wie sich die Behörden zu schämen scheinen, die Fahnen der Republik zu hissen, folgt die Bevölkerung dem reaktionären Beispiel, Schwarz-Rot-Gold ist nur ganz wenig zu sehen, obwohl die sich zur Republik bekennenden Parteien von 30 Stadtverordneten 22 ihr eigen nennen. Zu Ehren der Reichswehr soll ein Festkommers stattfinden. Der Sozialdemokratische Verein hat im Einvernehmen mit der Bezirksleitung nicht an der Begrüßung offiziell teilgenommen.

Reichstag.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Reichstags stand die zweite Beratung des Gesetzes über die Anwendung des Wiesbadener und Bemelmans-Sachlieferungsabkommens. Damit verbunden werden die Interpellationen der Deutschnationalen gegen das Wiesbadener Abkommen, der Deutschen Volkspartei gegen die Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich, der Unabhängigen über die Pariser Reparationsverhandlungen, des Zentrums gegen die Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten Gebiet und über die Zustände im Saargebiet. Ferner steht zur Beratung das Weisbuch der Regierung zur Reparationsfrage.

Namens des Ausschusses befragt Abg. Deruberg (Dem.) die unveränderte Annahme des Sachlieferungsabkommens.

Abg. Dr. Reichert (Dnat.) begründet die schon im November vorigen Jahres eingebrachte Interpellation seiner Parteifreunde: Ist die Regierung bereit, wenigstens nachträglich die Zustimmung des Reichstages zu ihrem Verhalten einzuziehen? Selbst die Vertreter der Entente waren vom Wiesbadener Abkommen überfordert. Im weiteren Verlauf seiner Rede macht Reichert der im Oktober v. J. zurückgetretenen Regierung den Vorwurf, sie habe mit dem ohne Zustimmung des Reichstages erfolgten Abschluß des Wiesbadener Abkommens einen Verfassungsbruch begangen. Die von Rathenau dem Volke aufgebürdeten unerträglichen Lasten hätten nicht einmal den Erfolg gehabt, Frankreich zu beschwichtigen und Oberschlesien zu retten. Die übertriebene Erfüllungspolitik führe zum Ruin; dafür müßten wir uns bei der Regierung bedanken. (Stürmische Rufe links: Rein, bei Ihnen und Ihrer Partei!) Der Reichstanzler mußte jetzt die Frage beantworten, wann endlich der Berendung unseres Volkes durch die übertriebene Erfüllungspolitik ein Ende gemacht werden soll.

Abg. Moldenhauer (D. Vp.) begründet eine Interpellation seiner Fraktion, nach der zwischen England und Frankreich eine

„Neufestsetzung“ des jetzt besetzten Rheinlandes vereinbart worden sein soll, um nach Art des Saargebietes den Rheinländern eine Autonomie unter französischer Oberaufsicht zu geben. Die Regierung wird gefragt, ob ihr etwas von derartigen Plänen bekannt sei und was sie gegen eine solche verselbstlichte Annexion zu unternehmen gedenkt. Der Redner erklärt eine wirkliche Reparation für unmöglich, solange der größte Teil der von Deutschland unter schwersten Opfern ausgebrachten Reparationslasten für die unerhört kostspieligen Besatzungstruppen vergendet wird. Moldenhauer versucht dann nachzuweisen, daß Frankreich seit dem Friedensschluß niemals die Pläne aufgegeben habe, das Rheinland durch eine Scheinautonomie vom Deutschen Reich loszureißen.

Abg. Dr. Cowl (H. Soz.) spricht zu der Interpellation der Unabhängigen, die Aufforderung über die Pariser Reparationsverhandlungen verlangt. Er betont die

Notwendigkeit, an der Erfüllungspolitik festzuhalten.

Diese Erfüllungspolitik könne der Regierung aber nicht die Berechtigung geben, die Hauptlasten der Reparation der Arbeiterlasten aufzubürden. Die Erfüllungspolitik müsse einheitlich betrieben werden und in der Innenpolitik ihre Ergänzung finden. Es gehe nicht länger an, daß das Reichswehrministerium die politische sehr bedenklichen Propagandareisen des Generalfeldmarschalls Hindenburg fördere. Solange das Reichswehrministerium durch Streiche, wie die Ernennung des Rappitsen v. Löwenfeld zum Schiffskommandanten, planmäßig die Außenpolitik des Reichstanzlers durchkreuzt, ist eine einheitliche Erfüllungspolitik unmöglich.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.) begründet die Interpellation, betr. Einstellung bzw. Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten Gebiet. Die Forderung der Note der Botschafterkonferenz sei sinnlos und brutal. Diese Politik der Entente kann nur den Sinn haben, uns vernichten zu wollen. Psychologisch ist die Brutalität gegen das Rheinland ja verständlich. Man ist mit dem rheinischen Volk nicht zufrieden.

Abg. Bell (Z.) begründet die Interpellation Marx (Z.) über das Saargebiet. Der Redner stellt fest, daß die Saarregierung in zahlreichen Fällen den Friedensvertrag verletzt hat. Die Erbitterung der deutschen Saarländer wachse von Tag zu Tag. Der Botschafterrat verleihe seine Ehre, wenn er nicht bald einschreite.

Kußenminister Dr. Rathenau

beantwortet zunächst die Interpellation der Deutschen Volkspartei betr. die Neutralisierung der Rheinlande. Der Minister führt aus: Bisher ist man an die Reichsregierung in der Richtung einer Neutralisierung der Rheinlande nicht herangeraten. Ich habe im Namen der Reichsregierung zu erklären, daß wir niemals für irgendwelche Zugeständnisse, mögen sie auch noch so groß sein, dafür zu haben sind, das Rheinland preiszugeben oder seinen Bestand schädigen zu lassen. (Beifall.)

Die Interpellation Lauscher (Z.) betr. die Einstellung bzw. Zerstörung von

Eisenbahnbauten im Rheinland

beantwortet der Minister wie folgt: Am 25. Mai hat die Botschafterkonferenz an die deutsche Reichsregierung eine Note gerichtet, welche die Einstellung einer Reihe von Bahnbauten sowie die Beseitigung verschiedener Eisenbahnen im innerrheinischen Gebiet verlangt. Die Botschafterkonferenz betonte, sie stelle „mit Genugtuung“ fest, daß die Einstellung der Bahnarbeiten für Deutschland eine bedeutende Ersparnis bedeute. (Zuruf: Sie verhöhnen uns!) So lehnt die deutsche Regierung jede Gelegenheit, begrüßt die Finanzen Deutschlands zu haben, so vermag sie doch

nicht die „Genugtuung“ der Botschafterkonferenz über die hier gebotene Rücksicht zu teilen. (Beifall.) Die Botschafterkonferenz übergeht nämlich mit Stillschweigen die Tatsache, daß für die Zerstörung der Eisenbahnen Hunderte von Millionen völlig unproduktiv ausgegeben werden müßten. (Sehr richtig!) Es handelt sich nicht bei dem fraglichen Eisenbahnbau um Eisenbahnen militärischer Natur.

Die deutsche Reichsregierung denkt nicht daran, militärische Bahnen zu bauen.

Die deutsche Reichsregierung ist aber auch nicht verpflichtet, Einrichtungen zu zerstören oder ihren Bau einzustellen, von welchen die Botschafterkonferenz glaubt, daß sie militärischen Zwecken dienlich gemacht werden könnten. Die deutsche Reichsregierung wird diese Forderung

mit allem Nachdruck bekämpfen

und den alliierten Regierungen den Beweis bringen, daß die betreffenden Maßnahmen der wirtschaftlichen Entschädigung zuzufügen und die Leistungsfähigkeit Deutschlands beeinträchtigen. Ein Teil der neuen Eisenbahnlinien sollte zur schnelleren Ablieferung der Reparationslasten dienen. Schon jetzt läßt sich mit Gewißheit sagen, daß die Note der Botschafterkonferenz von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht.

Die deutsche Regierung zweifelt nicht daran, daß die Aufklärungen, die sie den alliierten Regierungen in aller Offenheit und Ehrlichkeit gegeben wird, zu einer Aufgabe der jetzt erhobenen unberechtigten Forderungen führen werden. (Beifall.)

Wenn ich endlich zu der politischen Entwicklung übergehen darf, so muß ich zu meinem Bedauern hier feststellen, daß die Regierung des Saargebietes von der den Völkerbund vermittelnden Kommission nicht in der Weise geführt wird, wie es erwartet werden durfte. Befremdlich soll der Völkerbund die Regierung des Saargebietes als Treuhänder führen. Eine treuhänderische Verwaltung darf nicht einen der beiden an dem endgültigen Besitz des Landes interessierten Staaten bevorzugen. Leider ist dies aber der Fall. Daß heute noch französische Truppen in beträchtlicher Zahl sich im Lande befinden, ist eine nicht abzustreitende Vertragswidrigkeit, denn nach dem Vertrag soll nicht Frankreich, sondern die Regierungskommission für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen und nur durch eine örtliche Gendarmerie. Diese Gendarmerie ist zwar errichtet worden, jedoch nur in bescheidenem Umfang, angeblich wegen Geldmangel. Neben steht aber noch eine französische Gendarmerie. Wie deren Existenz gerechtfertigt werden kann, ist mir unverständlich. Denn der Vertrag sagt mit der denkbar größten Klarheit, daß nur eine örtliche Gendarmerie eingerichtet werden soll. Ueberrascht liegen Nachrichten vor, daß die französische Gendarmerie die Aufgabe hat, u. a. über die Kolonnen und gewisse andere Persönlichkeiten Wachen zu führen, vertrauliche Beobachtungen in politischen Angelegenheiten anzustellen, die

politische Gefinnung der Beamten zu überwachen

und die Berichte der Zivilbehörden unauffällig zu kontrollieren. Auch die Einrichtung der französischen Schiedsgerichte, die sogar durch eine besondere Verordnung erfolgt ist, widerspricht dem Vertrag.

Mit Recht hebt ferner die Interpellation die Vertragswidrigkeit der im Herbst 1920 anläßlich der Arbeitseinstellung der Beamten erfolgten Massenarbeitsentlassungen hervor. Nach längerer Zeit sind allerdings diese Ausweisungen rückgängig gemacht worden. Die Regierungskommission hat ferner die Wahrnehmung der Auslandsinteressen der Bewohner der französischen Regierung übertragen. In formaler Hinsicht kann hiergegen kaum etwas eingewendet werden, da eine besondere Bestimmung des Vertrags der Regierungskommission freie Hand gibt. Es liegt jedoch auf der Hand, wie widersinnig es ist, daß

deutsche Staatsangehörige im Ausland von Frankreich vertreten werden. Außerdem ergeben sich hieraus allerlei praktische Schwierigkeiten. Die Regierungskommission hat uns sogar zugemutet, die Wahrnehmung der Interessen der deutschen Saargebietsbewohner in Deutschland selbst durch Frankreich auszuerteilen. (Stürm. hört! hört!) In diesem Punkte hat jedoch die Reichsregierung mit aller Entschiedenheit widersprochen, da das Saargebiet dem übrigen Deutschland gegenüber nicht Ausland ist. Wenn übrigens die Bewohner des Saargebietes ein Anliegen bei deutschen Behörden haben, so wissen sie schon selbst den Weg zu ihnen zu finden und denken am allerwenigsten an eine Vermittlung durch französische Vertreter. (Sehr richtig und Heiterkeit.)

Eine Frage von besonderer Wichtigkeit ist die Schaffung des seitens des Begriffs „Saargebiet“. Nach Ansicht der Reichsregierung ist hiermit eine der Grundlagen der vertraglichen Regelung über das Saargebiet umgestoßen. In ähnlicher Richtung liegt eine Anzahl von Maßnahmen der Regierungskommission, die das Ziel verfolgen, das Saargebiet dem übrigen Deutschland gegenüber als Ausland erscheinen zu lassen, obwohl doch unmöglich bestritten werden kann, daß das Saargebiet nach wie vor einen Teil des Reiches bildet.

Auch auf dem Gebiet des Schulwesens sind Vertragswidrigkeiten festzustellen. Dem französischen Staat hat die Regierungskommission auf diesem Gebiet Rechte eingeräumt, die weit über das vertraglich vorgesehene Maß hinausgehen. Auch die Einführung des französischen Sprachunterrichts in den Volksschulen steht nicht im Einklang mit dem Vertrag, denn dieser sieht in absoluter Form die Beibehaltung des bisherigen Schulsystems vor, und ich glaube, daß dies eine der wenigen Bestimmungen ist, die innere Berechtigung hat, da gerade auf dem Gebiet des Schulsystems einer landfremden Regierung schwerlich die Fähigkeit zugesprochen werden kann, das Schulwesen eines Landes auf eine seiner Eigenart gerecht werdende neue Grundlage zu stellen. Die Reichsregierung hat wegen all dieser und ähnlicher Maßnahmen der Regierungskommission wiederholt beim Völkerbund Einspruch eingelegt. Bisher ist keinem Einspruch Folge gegeben worden. Der Völkerbund begnügt sich in der Regel damit, den Standpunkt der Regierungskommission für gerechtfertigt zu erklären.

Die gemachten Erfahrungen werden die Reichsregierung natürlich nicht hindern, sich mit ihren Beschwerden weiterhin an den Völkerbund zu wenden. Sie gibt die Hoffnung nicht auf, daß der Völkerbund schließlich doch die Ueberzeugung gewinnt, daß die Verwaltung des Saargebietes nicht in einem Geiste geführt wird, wie es gerade von einer Völkerbundskommission erwartet werden könne. Zu dieser Erwartung berechtigen die Reichsregierung namentlich auch die Schritte, die die Bevölkerung des Saargebietes selbst unternommen hat. Wiederholt hat sie in außerordentlich eindringlichen Denkschriften und durch die Entsendung von Delegationen an den Völkerbund versucht, dessen Aufmerksamkeit mehr als bisher auf die Mißstände im Saargebiet zu lenken, und ich glaube sagen zu können, daß diese Schritte nicht ganz erfolglos geblieben sind. Inzwischen hat auch die Öffentlichkeit außerhalb Deutschlands dem Saargebiet mehr und mehr Interesse entgegengebracht. Das Verhältnis der Bevölkerung des Saargebietes zu der Regierungskommission hat sich überraschend schnell festgelegt. Es ist das

typische Bild einer Fremdherrschaft.

Die Bevölkerung sah der Regierungskommission zwar nicht mit großen Hoffnungen, aber doch unvoreingenommen entgegen und mußte sehr bald Enttäuschung über Enttäuschung erleben. Mit verschwindenden Ausnahmen wurden die leitenden Posten der Verwaltung mit Franzosen besetzt.

Die französischen Truppen blieben, desgleichen die französische Gendarmerie und die französischen Kriegsgerichte. Französische Einrichtungen wurden da und dort eingeführt, eine Anzahl alteingewohnter Personen wurde ausgewiesen, der Franken brachte wirtschaftliche soziale Schwierigkeiten, der

französische Unterricht für die Volksschulen wurde dekretiert, der Beamten wurde die Frankendebildung wider Willen aufgezwungen, und endlich wurden beinahe in allen wichtigen Fragen die Gutachten der Kreis- und Bezirkstage bei der Abänderung von Gesetzen nicht berücksichtigt. All dies schuf begreiflicherweise eine Atmosphäre der Mißstimmung, die schließlich die Kreis- und Bezirkstage veranlaßte, die Begutachtung von Verordnungsentwürfen vollkommen abzulehnen. So stehen sich jetzt Regierung und Bevölkerung des Saargebietes ohne Vertrauen gegenüber.

In Beantwortung der Interpellation Marx und Genossen (Z.) erwiderte der Minister des Äußeren: Von welchem Standpunkte man die Frage des Saargebietes betrachtet, stets wird man zu der Erkenntnis gelangen, daß die Verfallener Bestimmungen auf falschen Voraussetzungen beruhen, daß sie im Widerspruch stehen mit den vereinbarten Friedensgrundlagen und daß sie ein überaus verwickeltes und trübes politisches Problem in Europa geschaffen haben. Man vergeblich bemüht sich nachfolgendes: das Land ist deutsch, die Bewohner sind Deutsche, die Verwaltung liegt in der Hand des Völkerbundes, die Grundbesitzer sind Eigentümer des französischen Staates und das Volkstum ist das französische. Die Geschichte hat ein so seltsames Gebilde noch nicht gesehen. Politisch springt vor allem die

Entschädigung der Bevölkerung

in die Augen. Gewisse, nicht immer genügend klar gefaßte Bestimmungen gewährleisten ihr zwar einige selbstverständliche Grundrechte, von denen bescheidenweise das Recht des freien Abzugs am deutlichsten ausgestaltet ist, von der Mitbestimmung an ihrem Geschick ist sie aber so gut wie ausgeschlossen. Die Regierungskommission hat Befugnisse, die weit über das hinausgehen, was im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus die Regel war. Gewiß ist der Völkerbund verantwortlich, ob aber diese Verantwortlichkeit denselben praktischen Wert hat, wie eine Verantwortlichkeit gegenüber einer Volksoberkeit, müßte erst noch bewiesen werden. Die Betrauung des Völkerbundes mit dieser absolutistischen Mission ist überhaupt für jeden, der einen wahren Völkerbund errichtet zu sehen wünscht, tief bedauerlich. Die Idee des Völkerbundes wird dadurch entwürdigt.

Wir alle wissen ferner aus dem Beispiel anderer deutscher Grenzgebiete, besonders Oberschlesiens, was eine Abstimmungszeit für die Bevölkerung bedeutet. Im Saargebiet soll diese Zeit 15 Jahre dauern, und wenn auch dort die Verhältnisse infolge ärmlicher Lage, als der Bevölkerung fremde Elemente fehlen, so bedeutet es doch für sie ein überaus hartes Los und eine schwere Probe, 15 Jahre lang unter der Ungewißheit des endgültigen nationalen Geschicks leben zu müssen. Das Wirtschaftsleben des Landes bildet kein erfreuliches Bild. Hier wirken verschiedene Umstände zusammen: die künstliche Trennung der Kohlewirtschaft von dem übrigen Wirtschaftskreis, die neue Zolllinie und endlich die Einführung des Franken. Da die Industrie des Saargebietes auf den deutschen Markt angewiesen ist und daher vorwiegend Warenimporten hat, so muß sie notwendigerweise in schwere Bedrängnis geraten, soweit sie bei sinkendem Marktwert ihre Hauptausgaben (Löhne, Kohlen, Erze, Frachten) in Frank reich leisten muß. Die Tatsachen haben sich reichlich bewiesen. Das Land hat schon verschiedene schwere Krisen durchgemacht. Erfreulicherweise haben auch verschiedene deutsche Wirtschaftsorganisationen der schwierigen Lage des Saargebietes volles Verständnis entgegengebracht. In diesem Zusammenhang kann ich auch erwähnen, daß die Reichsregierung im Einvernehmen mit Preußen und Bayern die Verlieferung des Saargebietes mit Waren zu deutschen Inlandpreisen und mit deutschen Lebensmitteln sich anlegen ließ. Es sind hierbei allerdings beträchtliche Schwierigkeiten zu überwinden, und es könnte ein Zeitpunkt kommen, in dem wir gegen unseren Willen diese Maßnahmen aufheben müßten, doch hoffen wir, daß wir nicht vor diese Zwangslage gestellt sein werden.

Das Bild, das ich Ihnen im Vorliegenden vom Saargebiet entrollen durfte, ist kein erfreuliches. Als Deutsche aber können wir mit Stolz auf die Tatsache hinweisen, daß die Bevölkerung des Saargebietes in den schwierigen Jahren der Fremdherrschaft, von denen erst wenige vorübergegangen sind, sich

um so fester zusammengeschlossen

hat, um das zu wahren, was sie als ihr höchstes Gut betrachtet: ihr Deutschtum! Immer und immer wieder erhält die Reichsregierung und die Deutschtumlichkeit aus dem Saargebiet Beweise fester deutscher Gesinnung. Ich sehe daher nicht an, zu erklären, daß die Deutschen an der Saar dem ganzen deutschen Volk Vorbild und Muster sind. Das deutsche Volk und die Reichsregierung wissen schon heute, was sie an der Bevölkerung des Saargebietes haben. Ihr muß ihr keltner Wollen und Können gelten in der Hoffnung auf den Tag, an dem auch äußerlich die Wiedervereinigung vollzogen werden wird. (Beifall.)

Zur Beantwortung der unabhängigen Interpellation über die Verhandlungen mit der Reparationskommission in Paris nimmt das Wort

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

Die Reparationskommission hat die Gewährung des von der deutschen Regierung beantragten Zahlungsausschubs für 1922 von der Erfüllung einer Reihe von Bedingungen abhängig gemacht und als Termin für die Nachprüfung den 31. Mai gesetzt. Die Reichsregierung hat zu den Bedingungen der Reparationskommission in ihrer Note vom 28. Mai Stellung genommen. Der Reparationskommission ist ein Plan über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1922 nach den letzten Schätzungen vorgelegt worden, und es ist darauf verwiesen worden, daß ein Anwachsen der schwebenden Schuld nur verhindert werden könne, wenn Deutschland durch die Gewährung einer äußeren Anleihe unterstützt werde. Unter dieser Voraussetzung hat die Reichsregierung die in der Note vom 28. Mai formulierten Vorschläge gemacht. Danach ist von dem Betrage der schwebenden Schuld die Summe abzuziehen, die für die Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel aufgewendet werden muß. Der demnach über den Stand vom 31. März hinaus verbleibende Rest sollte in anderer Form gedeckt werden. Erst wenn dies nicht gelingt, sollte ein Ausbau der Steuererhebung in Betracht gezogen werden. Aber gerade diese Maßnahme war davon abhängig gemacht worden, daß eine Unterstützung Deutschlands durch die Bewilligung einer auswärtigen Anleihe erfolgt. Die Anleiheverhandlungen sind verlagert. Ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie bald wieder aufgenommen werden. Abmachungen über einzelne Steuern sind nicht getroffen worden, auch haben sich die Besprechungen in keiner Weise darauf erstreckt. Auch die in der Interpellation erwähnten Fragen sind nicht erörtert worden, also nicht ein Abbau der sozialen Türsorge, des Achtstundentages und der Erwerbslosenfürsorge. Nach der Verlegung der Verhandlungen hat die Reichsregierung eine Entschädigung darüber, welche Maßnahmen etwa zu treffen wären, wenn sämtliche erwähnten Voraussetzungen sich verwirklichen sollten, nicht gefaßt. Bezüglich der Kapitalflucht sollen weitere Verhandlungen mit dem Geramitätsrat geführt werden. Soweit es sich um die Nachprüfung handelt, ist erklärt worden, daß die Souveränität des deutschen Reiches nicht angetastet und der geregelte Gang der Verwaltung nicht gestört werden solle. Die Autonomie der Reichsbank ist durch Beschluß vom 26. Mai geregelt. Auf die Note der deutschen Regierung vom 28. Mai hat die Reparationskommission mit einer Note vom 31. Mai geantwortet. Danach kann festgestellt werden, daß die Reparationskommission anerkannt hat, daß die in der deutschen Note vom 28. Mai gemachten Vorschläge eine ernsthafte Anstrengung bedeuten, die zur endgültigen Gewährung des Zahlungsausschubs für 1922 geführt werden und es kann weiter festgestellt werden, daß

etwache Zwangsmaßnahmen der Alliierten abgelehnt worden sind. Hierauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag, 2 Uhr. — Schluß nach 6 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunisten für obligatorisches Schiedsverfahren.

Im Frühjahr 1915 — also während des Weltkrieges — legte die norwegische Regierung einen Gesetzentwurf betreffend die Beilegung von Arbeitskonflikten vor. Das Gesetz schreibt die Registrierung aller gewerkschaftlichen Organisationen und Arbeitsgebervereinigungen vor und verpflichtet diese, die staatlichen Schiedsrichter bei einem drohenden Konflikt sofort vor der Sachlage in Kenntnis zu setzen. Es gibt diesen öffentlichen Schiedsrichtern ferner das Recht, die Arbeitsniederlegung zu verbieten, bis Vermittlungsversuche stattgefunden haben. Die Parteien ihrerseits können fordern, daß solche Verhandlungen, wenn kein Resultat erzielt werden kann, nach vier Tagen abgeschlossen werden, damit der Streik eingeleitet werden kann.

Das Gesetz enthält auch einen Paragraphen, der der Regierung das Recht gibt, das Urteil des Schiedsgerichts für verbindlich zu erklären, wenn der Konflikt von solchem Umfang oder solcher Art ist, daß er eine Gefahr für die Allgemeinheit betrachtet werden kann.

Die norwegische Gewerkschaftsbewegung leistete keinen prinzipiellen Widerstand gegen die Bestimmungen betreffend das obligatorische Schiedsgericht. Dagegen sträubte sie sich bestimmt dagegen, daß ein Urteil für verbindlich erklärt werden kann. Kurz vor den Wahlen des Reichstages im Parlament leitete der norwegische Gewerkschaftsbund eine große Protestaktion gegen das Gesetz ein. Dieser Streik war nicht von langer Dauer, jedoch sehr wirksam. Er führte dazu, daß die Regierung die Bestimmungen betreffend die Verbindlichkeit des Schiedsgerichts, der sich auch die Arbeitgeber widersetzen, fallen ließ. Da jedoch im darauffolgenden Jahre ein großer Konflikt auszubrechen drohte, in dem beinahe alle organisierten Arbeiter des Landes verwickelt werden sollten, wurde ein provisorisches Gesetz betreffend die Verbindlichkeit des Schiedsgerichts eingeführt. Das Gesetz war bis zum Jahre 1921 in Kraft. Die damalige Regierung schlug die Erneuerung nicht vor und ein Vorschlag von liberaler Seite wurde im Parlament abgelehnt.

Dieses Jahr wurde die Frage aufs neue aufgeworfen, da die Kollektivverträge für 80 000 Arbeiter, d. h. für beinahe die ganze Mitgliedschaft des Gewerkschaftsbundes, abliefen. Die gegenwärtige liberale Regierung legte darum einen neuen Gesetzentwurf betreffend die Verbindlichkeit von Schiedsprüchen vor. Die Sache wurde von den Vertretern der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände wieder besprochen, wobei sich eine andere Stellungnahme ergab, d. h. es wurde der Verbindlichkeit zugestimmt, und zwar unter der Bedingung, daß das Gesetz nur vorübergehend in Kraft trete. In Übereinstimmung hiermit forderte der Gewerkschaftsbund, der bekanntlich seinen Beitritt zu Moskau beschlossen hat, die Parliamentsgruppen auf, sowohl die sozialdemokratische wie

die kommunistische Gruppe für das Gesetz

zu stimmen. Die Arbeitgebervereinigungen erklärten sich auch diesmal durchaus gegen das Gesetz.

Während der Besprechungen im Parlament wurde die Gültigkeit des Gesetzes, die die Regierung auf 5 Jahre vorgeschlagen hatte, auf ein Jahr festgesetzt. Das Schiedsgericht wurde in derselben Weise wie früher organisiert. Von den fünf Mitgliedern ernannte die Regierung drei, die Arbeitgebervereinerung und der Gewerkschaftsbund je ein Mitglied.

Die kommunistische Gruppe motiviert ihre Haltung gegenüber dem Gesetz mit der Feststellung, daß man sehr unter einer wirtschaftlichen Depression und großer Arbeitslosigkeit leide. Nach ihrer Ansicht wäre es für den Augenblick das Beste, wenn ein Burgfrieden geschlossen und die Arbeiterschaft das Gesetz über die Verbindlichkeit als eine „Verteidigungswaffe“ gegen die Lohnherabsetzungsversuche der Arbeitgebervereinigungen benützen würde.

Die sozialdemokratischen Vertreter im Parlament erklärten, daß sie mit schweren Bedenken für das Gesetz gestimmt hätten. Sie taten es hauptsächlich deshalb, weil der Gewerkschaftsbund sie schriftlich und bestimmt dazu aufgefordert hatte. Die organisierten Arbeiter würden einen anderen Standpunkt gegenüber dem Gesetz einnehmen, wenn man dadurch nicht zum Gewerkschaftsbund in Opposition käme. Sie erklärten sich als prinzipielle Gegner des Gesetzes über die Verbindlichkeit von Schiedsprüchen und behielten sich volle Handlungsfreiheit vor, wenn die Frage der Erneuerung des Gesetzes nach einem Jahre wieder aufgeworfen wird. Das Schiedsgericht trat am 18. April zusammen und fing seine Arbeit mit der Behandlung der Tarifverträge in der Eisenindustrie an.

Es hat natürlich großes Aufsehen erregt, daß es die Vertreter der kommunistischen Partei im Parlament als mit ihren Moskauer Theorien vereinbar finden konnten, für die Herbeiführung des „Burgfriedens“ durch Zwangsschiedsgerichte einzutreten. Die Kommunisten müssen zugeben, daß der norwegische Gewerkschaftsbund gerade wegen der großen Arbeitslosigkeit und wegen der Spaltung der Arbeiterschaft der Kommunisten so schwach geworden ist, daß er dieses Jahr nicht imstande ist, den Kampf gegen die Arbeitgeber aufzunehmen.

Daraus Verschiedenes zu entnehmen ist: 1. Daß die Kommunisten, wo sie die Mehrheit haben, für die Verbindlichkeit des Schiedsverfahrens sind oder gar, wie in Rußland, den Arbeitszwang vorschreiben. 2. Wo sie aber in der Minderheit sind, da schreien sie über „Verrot“, wenn eine Schlichtungsordnung zur Diskussion steht, deren einzelne Bestimmungen bei weitem nicht so weit gehen wie die angeführten Gesetze. Da wird über „Zuchthausgesetz“ geschrien. 3. Sind wir glücklicherweise in Deutschland nicht so weit wie in Norwegen, wo die Gewerkschaften durch die Zerstückelungsarbeit der Kommunisten lahmgelegt wurden. Gelänge es den Kommunisten, sich auch in Deutschland der Gewerkschaften zu bemächtigen, dann würden wir bald noch viel schlimmere „Zuchthausgesetze“ haben als die, über die unsere Kommunisten sich künstlich aufregen.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund.

Auf dem für die deutsche Arbeiterbewegung historischen Boden in Leipzig trat am 18. Juni eine Wendung im Schicksal der deutschen Beamtenbewegung ein. Diesmal waren es 62 Pioniere der Beamtenschaft aller Dienstzweige des Reiches, der Länder und Gemeinden, die eine neue gewerkschaftliche Spitzenorganisation ins Leben riefen. In der Öffentlichkeit kann der Eindruck entstehen, als handle es sich bei der Reorganisation

eine überflüssige Maßnahme. Dies ist nicht der Fall. Der Gründung gingen langwierige Verhandlungen voraus, die von den Beteiligten ein großes Maß von Geduld und Energie erforderte.

Daß der Deutsche Beamtenbund, die angeblich parteipolitisch neutrale Spitzenorganisation, eines schönen Tages zerfallen müßte, war für den Eingeweihten längst klar. Die Mißerfolge auf dem Gebiete der Rechts- und Befolgungsverhältnisse und das Fehlen gewerkschaftlicher Grundzüge haben die Keime zu dem Zerfallsprozess gelegt, der jetzt vor aller Welt sichtbar in Erscheinung tritt.

Der Gründung des neuen Beamtenbundes ging eine geschichtliche Tat voraus. Zwischen dem Deutschen Eisenbahnerverband (437 000 Mitglieder) und der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter (220 000 Mitglieder) wurde eine Vereinbarung getroffen, die beide Verbände verpflichtet, „die gegen seitigen Angriffe in Wort und Schrift einzustellen“. Ziffer 6 der Vereinbarung lautet: „Als letztes Ziel erstreben die unterzeichneten Verbände die Schaffung eines einheitlichen gewerkschaftlichen Nachfaktors für das gesamte Reichsbahnpersonal zur Erreichung vorbildlicher Rechts-, Arbeits- und Befolgungsverhältnisse.“ Das Verhalten der Reichsgewerkschaft fand ein lebhaftes Echo und machte den Weg frei zur Gründung der neuen Spitzenorganisation.

Die in der Gründungsverammlung beschlossenen vorläufigen Satzungen des ADB. enthalten folgende richtungweisende Sätze:

„Der Bund und die ihm angeschlossenen Verbände stehen auf dem Boden des uneingeschränkten Koalitionsrechts, das auch die Arbeitsverweigerung nach Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten in sich schließt.“

„Der Bund ist religiös und parteipolitisch neutral. Die angeschlossenen Verbände sind zur Wahrung dieses Grundgesetzes gehalten; sie sind verpflichtet, jede parteipolitische und religiöse Ueberzeugung in ihren Mitliederkreisen unbestritten zu dulden.“

Die vorstehenden Grundzüge inwiefern klar und unzweideutig aus, daß eine wirkliche gewerkschaftliche Spitzenorganisation gegründet wurde und daß es eine bewusste Zerfährdung ist, wenn der Versuch gemacht wird, den Bund als parteipolitisch abhängig hinzustellen.

Der ADB. hat seine Tätigkeit bereits begonnen. Wir sind fest überzeugt, daß er sich nicht nur als lebensfähig, sondern auch als gewerkschaftliches Nachmittell im Kampfe um die Verbesserung der Lebenslage der Beamten erweisen wird.

Lohnerhöhung in der preussischen Verwaltung.

In einer neueren Verfügung gibt der Finanzminister dem amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge bekannt, daß nach Vereinbarung mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer die Grundlöhne und Teuerungszuschläge der Lohnempfänger bei den preussischen Verwaltungsbehörden mit Wirkung vom 1. Mai d. J. erhöht werden sind. Zur Erleichterung bei der Berechnung der Höhe sind in der neuen Lohnliste, die an die einzelnen Behörden gesandt worden ist, neben dem Wochenlohn auch der Stundenlohn sowie die Zuschläge vom Grundlohn für Überzeitarbeit und für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen aufgeführt. — Der Frauenaufschlag, die Kinderzuschläge und die Ueberzeuerungszuschläge bleiben in der bisherigen Höhe bestehen.

Anspruch auf die Lohnerrhöhungen haben alle Lohnempfänger, die sich am 19. Mai 1922, dem Tage der Verständigung mit den wirtschaftlichen Arbeitnehmervereinigungen, im Staatsdienst befinden. Auf Antrag sind Nachzahlungen indes auch beim Ausscheiden infolge Dienstunfähigkeit sowie beim Ausscheiden aus anderen Gründen zu leisten, wenn der ausgeschiedene Lohnempfänger noch im Monat Mai oder Juni d. J. wieder in den Staatsdienst eingestellt wird. Die Nachzahlung auf Antrag erfolgt auch beim Ausscheiden infolge Todes an die erbberechtigten Angehörigen.

Tarifvertrag für Staatsangestellte.

Wie wir erfahren, ist der Reichs-Tarifvertrag für die Angestellten bei den Reichs- und preussischen Staatsverwaltungen von den beteiligten Regierungen zum 30. September d. J. gekündigt worden. Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages werden am 30. Juni im Reichsfinanzministerium beginnen. Es ist damit zu rechnen, daß sie noch vor Ablauf des jetzigen Vertrages zum Abschluß kommen werden. Der von den Ressorts und Ländervertretern festgestellte Entwurf, der als Verhandlungsgrundlage dienen soll, steht vor, daß die am 30. September vorbandenen Angestellten ihr bisheriges Vergütungsdiensalter in der bisherigen Vergütungsgruppe nach Maßgabe des bisherigen Tarifvertrages auch unter der Geltung des neuen Tarifvertrages behalten.

Die Wirtschaftskrise in Australien.

Auf Veranlassung der australischen Regierung fand in Sidney vom 22. Februar bis 3. März eine Konferenz von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen statt, um über die Frage des Wiederaufbaues der Industrie zu beraten. Die australische Industrie macht eine Krise durch, die die Unternehmer durch einen Lohnabbau mechanisch zu überwinden suchen. Diesen Standpunkt vertrat auch der Ministerpräsident in einer Rede, die er vor Einberufung der Konferenz hielt. Infolgedessen lehnte der australische Gewerkschaftsbund die Beteiligung ab, so daß nur die Gewerkschaften einiger Provinzen vertreten waren.

Der Ministerpräsident erklärte bei der Eröffnung, daß er die Konferenz einberufen habe, weil sonst das Land in einen langen Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitern mit schweren Verlusten für alle Teile verwickelt werden würde. Erst in der zweiten Woche gelang es, eine Grundlage für die Verhandlungen zu gewinnen. Die Arbeitgeber legten dann folgende Grundzüge vor:

1. Festsetzung eines Mindestlohns;
 2. Befreiung überflüssiger Schiedsgerichte und dafür Errichtung von Schiedsgerichten für jede Industrie des ganzen Landes;
 3. die Arbeitsleistung darf nicht beschränkt werden;
 4. 48-Stunden-Woche;
 5. Stücklohn für solche Gewerbegebiete, in denen dies angebracht ist;
 6. Gewinnbeteiligung der Arbeiter.
- Die Arbeiter schlugen dagegen als Mindestprogramm vor:
1. Keine Lohnkürzung;

2. Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Industrie;
3. Arbeitslosenversicherung;
4. Einsetzung eines Industrieausschusses, der endgültige Vorschläge ausarbeiten soll betreffend:
 - a) Schaffung eines nationalen Kreditystems, das die ständigen Bedürfnisse der Industrie befriedigen kann;
 - b) die Anwendung von Methoden, welche eine möglichst hohe Produktion und eine möglichst gute Verteilung von Gütern ermöglichen;
 - c) Befreiung aller entbehrlichen Zwischenhändlerkosten;
 - d) Zusammenschluß und Zentralisierung von Industriebetrieben, soweit das möglich ist;
 - e) Ausarbeitung von Plänen zur Entwicklung des Landes, so zur Elektrifizierung der Eisenbahnen, Straßenbau, Kanalisierung und Förderung des Siedlungswesens zur Unterbringung der Arbeitslosen, usw.

Am 3. März lehnten die Arbeitgeber die weiteren Verhandlungen ab, solange nicht die Arbeiter ihre Vorschläge mäßigen würden. Insbesondere wandten sie sich gegen den zweiten Vorschlag, der auch besagte, daß die Sozialisierung der Industrie eine wirksame Lösung der Wirtschaftskrise bedeuten würde. Da die Arbeiter auf diesem Teil ihres Vorschlages bestanden, brach die Konferenz auseinander.

Später erklärte der Ministerpräsident, daß die Konferenz wenigstens die Öffentlichkeit auf die wirtschaftlichen Räte und Gefahren des Landes aufmerksam gemacht habe. In einigen Punkten seien jedenfalls beide Teile einer Meinung gewesen, so in bezug auf die Befreiung der vielen Schiedsgerichte in den einzelnen Staaten und ihren Ersatz durch Schiedsgerichte, die sich auf den ganzen australischen Bund für die einzelnen Industrien erstrecken würden. Im übrigen sei entsprechend dem Arbeitgebervertragsange anzustreben, daß sich Arbeitgeber und Arbeiter der einzelnen Industrien zusammenschließen, um zu praktischen Vorschlägen zu gelangen, mit deren Hilfe die Arbeitslosenkrise behoben werden könnte.

Amerikanischer Eisenbahnerstreik in Sicht.

Die Bewegung unter den amerikanischen Eisenbahnarbeitern infolge der angekündigten Lohnherabsetzung nimmt großen Umfang an. Die von der Lohnkürzung direkt Betroffenen sind hauptsächlich Werkstättenarbeiter. Auf der von uns bereits mitgeteilten Konferenz der verschiedenen Verbände der Eisenbahner in Cincinnati, haben nach einer Depesche des „New York Herald“ sieben Verbände erklärt, daß eine überwältigende Mehrheit unter den Arbeitern für den Streik ist, während die Vertreter von zehn anderen Verbänden, deren Mitglieder von der Lohnkürzung nicht betroffen sind, erklärten, daß sie den Streikenden gegenüber eine wohlwollende Neutralität beobachten würden. Man nimmt an, daß der Streik wahrscheinlich am 1. Juli ausbrechen wird. Da der Kohlenarbeiterstreik noch immer fort dauert, dürfte dadurch amerikanische Wirtschaftslage sehr kritisch werden. Die den Großkapitalisten mit Haut und Haaren verächtliche Regierung des Präsidenten Harding läßt dabei erklären, daß sie die Eisenbahnen in staatliche Zwangsverwaltung nehmen würde, falls der Streik ausbrechen sollte.

Der Streik der Viehzeiler beendet. Bis zum Verband der Viehzeiler mitgeteilt wird, ist der Streik der Viehzeiler durch Verhandlungen am Mittwoch beigelegt worden. Die Arbeitsaufnahme erfolgt am Donnerstag morgen.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Heute Donnerstag abend 7 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Verbandes. 2. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 3. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 4. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 5. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 6. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 7. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 8. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 9. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 10. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 11. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 12. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 13. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 14. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 15. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 16. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 17. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 18. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 19. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 20. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 21. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 22. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 23. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 24. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 25. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 26. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 27. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 28. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 29. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 30. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 31. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 32. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 33. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 34. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 35. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 36. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 37. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 38. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 39. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 40. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 41. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 42. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 43. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 44. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 45. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 46. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 47. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 48. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 49. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 50. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 51. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 52. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 53. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 54. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 55. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 56. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 57. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 58. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 59. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 60. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 61. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 62. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 63. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 64. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 65. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 66. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 67. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 68. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 69. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 70. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 71. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 72. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 73. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 74. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 75. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 76. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 77. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 78. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 79. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 80. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 81. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 82. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 83. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 84. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 85. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 86. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 87. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 88. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 89. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 90. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 91. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 92. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 93. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 94. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 95. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 96. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 97. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 98. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 99. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 100. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 101. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 102. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 103. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 104. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 105. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 106. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 107. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 108. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 109. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 110. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 111. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 112. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 113. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 114. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 115. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 116. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 117. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 118. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 119. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 120. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 121. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 122. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 123. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 124. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 125. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 126. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 127. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 128. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 129. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 130. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 131. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 132. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 133. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 134. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 135. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 136. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 137. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 138. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 139. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 140. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 141. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 142. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 143. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 144. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 145. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 146. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 147. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 148. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 149. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 150. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 151. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 152. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 153. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 154. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 155. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 156. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 157. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 158. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 159. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 160. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 161. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 162. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 163. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 164. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 165. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 166. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 167. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 168. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 169. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 170. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 171. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 172. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 173. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 174. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 175. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 176. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 177. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 178. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 179. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 180. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 181. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 182. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 183. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 184. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 185. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 186. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 187. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 188. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 189. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 190. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 191. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 192. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 193. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 194. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 195. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 196. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 197. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 198. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 199. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 200. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 201. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 202. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 203. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 204. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 205. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 206. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 207. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 208. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 209. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 210. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 211. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 212. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 213. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 214. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 215. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 216. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 217. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 218. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 219. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 220. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 221. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 222. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 223. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 224. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 225. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 226. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 227. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 228. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 229. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 230. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 231. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 232. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 233. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 234. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 235. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 236. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 237. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 238. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 239. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 240. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 241. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 242. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 243. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 244. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 245. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 246. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 247. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 248. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 249. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 250. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 251. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 252. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 253. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 254. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 255. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 256. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 257. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 258. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 259. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 260. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 261. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 262. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 263. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 264. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 265. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 266. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 267. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 268. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 269. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 270. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 271. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 272. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 273. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 274. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 275. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 276. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 277. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 278. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 279. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 280. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 281. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 282. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 283. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 284. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 285. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 286. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 287. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 288. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 289. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 290. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 291. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 292. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 293. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 294. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 295. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 296. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 297. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 298. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 299. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 300. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 301. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 302. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 303. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 304. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 305. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 306. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 307. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 308. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 309. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 310. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 311. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 312. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 313. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 314. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 315. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 316. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 317. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 318. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 319. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 320. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 321. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 322. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 323. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 324. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 325. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 326. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 327. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 328. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 329. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 330. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 331. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 332. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 333. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 334. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 335. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 336. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 337. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 338. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 339. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 340. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 341. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 342. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 343. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 344. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 345. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 346. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 347. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 348. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 349. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 350. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 351. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 352. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 353. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 354. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 355. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 356. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 357. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 358. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 359. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 360. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 361. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 362. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 363. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 364. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 365. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 366. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 367. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 368. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 369. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 370. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 371. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 372. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 373. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 374. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 375. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 376. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 377. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 378. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 379. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 380. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 381. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 382. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 383. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 384. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 385. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 386. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 387. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 388. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 389. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 390. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 391. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 392. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 393. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 394. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 395. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 396. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 397. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 398. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 399. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 400. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 401. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 402. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 403. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 404. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 405. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 406. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 407. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 408. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 409. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 410. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 411. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 412. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 413. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 414. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 415. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 416. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 417. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 418. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 419. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 420. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 421. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 422. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 423. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 424. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 425. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 426. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 427. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 428. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 429. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 430. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 431. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 432. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 433. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 434. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 435. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 436. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 437. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 438. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 439. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 440. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 441. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 442. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 443. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 444. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 445. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 446. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 447. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 448. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 449. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 450. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 451. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 452. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 453. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 454. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 455. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 456. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 457. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 458. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 459. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 460. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 461. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 462. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 463. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 464. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 465. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 466. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 467. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 468. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 469. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 470. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 471. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 472. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 473. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 474. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 475. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 476. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 477. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 478. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 479. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 480. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 481. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 482. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 483. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 484. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 485. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 486. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 487. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 488. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 489. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 490. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 491. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 492. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 493. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 494. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 495. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 496. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 497. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 498. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 499. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 500. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 501. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 502. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 503. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 504. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 505. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 506. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 507. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 508. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 509. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 510. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 511. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 512. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 513. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 514. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 515. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 516. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 517. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 518. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 519. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 520. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 521. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 522. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 523. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 524. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 525. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 526. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 527. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 528. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 529. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 530. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 531. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 532. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 533. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 5

Lehrstunden im Jugendgarten.

Strafenschlamm und Strohschmutz, durch Kanalisation und Strohrenreinigung dorthin befördert, lagerten auf einem 11 Morgen großen Gelände an der Dillenberg Straße in Wilmersdorf. Dieses Grundstück war ursprünglich für einen Krankenhausbau vorgesehen. Aber der „glorreiche Krieg“ mit seinen Nachkriegsercheinungen, der so manchen Plan zunichte werden ließ, vernichtete auch dieses Vorhaben. Die veränderten Zeiten erlaubten den Krankenhausbau nicht mehr und so wurde dieses Gelände für eine Gartenarbeitschule hergegeben. Im vorigen Jahr wurde das Land in Kulturstand gebracht. Das war ein hartes Stück Arbeit, denn es hieß, die Wüste in einen Garten verwandeln und über ehemalige Schlackenwege Beete ziehen. Doch man ließ sich durch die Mühen nicht abschrecken, und die körperliche Arbeit, nicht übertrieben, bekam den Kindern gut. Auf der Höhe des Geländes legte man einen Spielplatz an, während das übrige Land zumeist Beeten und eben den verschiedensten Zwecken dienlich gemacht wurde. Die Lage der Gartenarbeitschule ist prächtig, denn man sieht von ihr aus die Felder der Domäne Dahlem, den Botanischen Garten, den Fichteberg, die Stadt- und Feldgärtnerei, sowie den sich an das Grundstück anschließenden Zentralschulgarten. Die fleißigsten Helfer bei den Instandsetzungsarbeiten erhielten zum Lohn und Dank ein besonders großes Beet.

Die Beete.

Der Garten beherbergt 1200 Eigenbeete für 40 Klassen. Für diese Eigenbeete werden Samen und Pflanzen umsonst ausgegeben und den Kindern gehören die Erträge. Durch Aushang wird bekannt gemacht, was und was wird heute ausgegeben, und dann wird der eigenen Reizung des Schülers freies Spielraum gelassen. Er kann pflanzen was er will. Ein Zeichen der wirtschaftlichen Not aber ist, daß die Kinder mehr Gemüse als Blumen ziehen. Es wird sehr hausväterlich gewirtschaftet und immer eine Reihigkeit Gemüse aus dem Beet gezogen. Die Beete sind sehr rationell ausgenutzt und einige sind in sich wieder in Querbeete geteilt. Neben den Eigen- hat man auch noch Lehr- und Gemeinschaftsbeete. Man lernt verschiedene Bodenarten kennen und u. a. sieht man eine Versuchsabteilung für künstliche Düngemittel. Ein Beet enthält vollwertigen Dünger, also Kali, Stickstoff und Phosphor, während bei den übrigen Beeten auf dem einen Stickstoff, dem anderen Kali und dem dritten Phosphor fehlt. Bei genauer Kenntnis des Nährstoffbedürfnisses der Pflanzen kann man die Unterteilung der einzelnen Pflanzengruppen sorgfältig verfolgen. Die Ertragnisse der Gemeinschaftsbeete werden an die Kinder zu halben Marktpreisen verkauft. Die kleinsten Beete hat ein Kinderhort mit seinen 9 und 10 Jahre alten Schülern.

Lehrer und Schüler.

Gewöhnliche 1. Klassen und Oberklassen der Wilmersdorfer Volksschulen, Knaben und Mädchen, werden in der Gartenarbeitschule unterrichtet. Die Knaben sind zwei Tage in der Woche, die Mädchen bis jetzt einen Tag in der Woche draußen. Doch wird in der einen Parade eine Handhabungslehre hergestellt und dann werden auch die Mädchen, bei gänzlicher Auswertung aller praktischer Erörterungen, zweimal wöchentlich in der Gartenarbeitschule aufsuchen. Naturkunde und Turnen ist jetzt schon für Mädchen und Knaben restlos horthin verlegt. Auch werden in den offenen Hallen, in voller Ausnutzung des Tageslichts, nach einige Unterrichtsstunden (Erdkunde, Deutsch) gehalten. Beim Freilandunterricht hat man bislang ethisch und nebulöslich die besten Erfolge erzielt. Er trägt mit zur körperlichen Erleichterung der Jugend bei. Das Kind lernt Tier und Pflanze schätzen und lieben, es lernt am lebenden Objekt auf dem Beet. Körperliche Tätigkeit und geistige Arbeit wechseln miteinander ab, der Gemeinschaftsgeist wird gefördert. Lehrerinnen und Lehrer bilden auch eine Arbeitsgemeinschaft. Der Unterrichtsbetrieb ist für das Sommerhalbjahr zugeschnitten, doch kann man bereits warme Februarstage benutzen und den Spätherbst auskosten, solange das Wetter es gestattet. In diesem Jahre begann man am 20. April mit der Arbeit.

Pläne und Hoffnungen.

Die Schule kann bereits mit Arbeitsleistungen aufwarten. Sie ist nicht mehr ein Versuch, sie ist schon ein System und außerordentlich erntefähig. J. U. wird sie bei der Berufsumschichtung eine Rolle spielen. Zurzeit ist man mit der Anlage einer

biologischen Abteilung beschäftigt. Ein Student wird in den großen Ferien ein paar hundert Pflanzenschilder malen und die Schule wird bald um neues hervorragendes Lehrmaterial bereichert sein. Den Uberschuss vom vorigen Erntefest will man zur Anlage eines Teiches benutzen. Bei seiner Herstellung wird vornehmlich die sogenannte Berufsgruppe, die Gärtnergruppen, freiwillig arbeitende Schüler, die sich für ihren späteren Beruf vorbereiten, tätig sein. Gleichzeitig wird dann ein Freilandaquarium angelegt. Da auch in den höheren Schulen ein starkes Bedürfnis für Freilandunterricht besteht, sinnig und trachtet man, auch diesen Kindern zu helfen.

Die Sehenswürdigkeiten.

Ein wahres Paradiesstück ist das Bienenhaus. Es wurde von den Jungen, der freiwilligen Tischlergruppe, selbst gebaut. Die Tischlerwerkstatt findet überhaupt den regsten Zuspruch, doch können in die Tischlergruppe immer nur 12-14 Knaben aufgenommen werden. Von den fleißigen Jungen ist schon viel hergestellt worden, so auch die Blumenkästen, die ein schöner Schmuck der Hallen sind. Vor den Bienenwohnungen sind Bienenblumen gepflanzt. Jedes Mädchen ist eben ausgenutzt. So fand an einem Zaun eine Baumschule Bloß, zu Unterrichtszwecken pflanzte man die Waldbäume der märkischen Heimat, auch ließ man die Kadelhölzer nicht fehlen. Man will noch viele Sträucher anlegen, um Nistplätze für die Vögel zu schaffen. Ein Bienenhaus hat sich bereits eingefunden. Ferner hält man Hühner, und zwar Silberbrädel. Auch hat man zwei Hunde. Der eine ist ein menschenfreundlicher Geselle, der Liebling aller Kinder, und der andere, ein Kettenhund, ein zuverlässiger Wächter, der schon einen Eindringler stellte. In den Baracken sind, in bescheidenem Ausmaße, aber sehr reichlich, Aquarium und Insektarium untergebracht. Man sieht dort Badbeidecken und Smaragdeidecken, Frösche, Feuerlamander und Stabwespen. Ein großes Bienenhaus beherbergt zudem, in trauriger Gemeinschaft, Dampflöcher, Kreuzschnabel und Fink. Alles Gemüht, alles Ungelesene, das beim Graben usw. sichtbar wird, sammeln die Kinder, ist das Getier wertvoll, zieht man es groß, sonst aber wird es vernichtet. Ganz hervorragend ist die Demonstration „Vom Ei bis zum fertigen Schmetterling“ an den lebenden Objekten.

Die Ringelblumen der Gartenarbeitschule hat schon einen Roman hinter sich. Im vorigen Jahre brachte sie diese Schlangel — sie hat ein abgehacktes Schwänzchen und ist daran gut erkennlich — nämlich fertig, zweimal auszukleiden. Aber sie wurde jedesmal wieder eingefangen. Denn das erstmal fand sie ein Schüler auf einem nahen Bürgersteig und das zweitemal meldete sie ein Anwohner Dahlems als ihm — zugefallen.

„Jude oder Sozialdemokrat“.

Ein deutschnationaler Reinsfall.

Im Staatsausfluß der Stadtverordnetenversammlung kam es heute zu einem wohlüberlegten Vorstoß der deutschnationalen gegen den sozialdemokratischen Vetter unseres Gesundheitswesens, den Medizinrat Genssen Radnow. Der Sprecher der Deutschnationalen hatte eine Menge von „Aussstellungen“ an der Verwaltung unserer Krankenhäuser zu machen und wartete dann mit dem neuesten „Schlager“ auf, indem er behauptete, in Berlin müsse man „Jude oder Sozialdemokrat“ sein, um leitender Arzt in einem Krankenhaus zu werden. Er leistete sich dabei die Beschamlosigkeit oder Dreistigkeit, von „deutschen“ Ärzten im Gegensatz zu „jüdischen“ zu sprechen, und fühlte sich nicht einmal demüht, diese Beschimpfung jüdischer Volksgenossen auf den geharnischten Protest der Linken hin zurückzunehmen. Der Stadtmedizinalrat erteilte dem deutschnationalen Ankläger und Kollegen eine so wirkungsvolle Abfuhr, daß es ihm nicht nach einem zweiten „Gang“ gelüsten dürfte. Er konnte darauf hinweisen, daß alle sieben während seiner Amtszeit berufenen leitenden Ärzte von der Gesundheitsdeputation einstimmig vorgeschlagen worden seien, und zwar mit der Stimme des nachträglich entrüsteten Anklägers. Unter diesen sieben Ärzten befindet sich ein Sozialdemokrat! Von neun in leitende Verwaltungsstellen berufenen Ärzten ist einer jüdisch und einer sozialdemokratisch, der Rest „deutschnational“ und zum größten Teil sogar deutschnational!

Der Ruf durchs Fenster.

37] Roman von Paul Frank.

Das blaße Fanatikergesicht des Burschen mahnte an die totwunde Verbissenheit Dostojewskischer Figuren und irgendwo, fern hinter dem Rücken dieses Verzweiferten, stand schmal Rasolnikows Schatten. . . Dieser junge Mensch schien Garbislander, ohne daß er über die zur Sprache kommenden Tatsachen des näheren orientiert gewesen wäre, jedenfalls eines Verbrechens aus Haß oder Liebe fähig. Unwillkürlich, gleichsam assoziativ, begann er sich mit dem Studium der einzelnen Typen zu beschäftigen, die diese fremde Welt bevölkerten, in die er mit dem heutigen Tag Einblick gewonnen hatte, übersah Kommisäre, Schreiber, Geheimagenten und -polizisten, Handlanger der Gerechtigkeit, die, wie er schauernd annahm, über Wohl und Wehe von Menschenleben vernichtend zu entscheiden vermochten.

Der Student Dmochowski wurde nun in die Maschine gespannt, deren Aufgabe es war, ihn müde und mürrisch zu machen, und die Riemen, die dazu dienen sollten, ihn festzuschmallen, waren schon bereit.

Dem Beschuldigten zur Seite hatten die Polizisten Platz genommen, während der Schreiber vor Vinken des Präsekten saß.

Dieser stellte die erste Frage, die er jedoch wiederholen mußte, ehe der Student seine leise, zögernde Antwort zu stammeln wußte.

Garbislander horchte auf, da fremde, ihm unverständliche Laute und Silben an sein Ohr schlugen, bis ihm blühartig zum Bewußtsein kam, daß er der Sprache, in der hier verhandelt wurde, nicht mächtig war.

Er verstand nicht russisch und war dennoch verurteilt, hier zu sitzen und zuzuhören. . . Verzweiflung über seine peinigende Lage überfiel ihn, und er verstand sich endlich dazu, dem Präsidenten einen heftigen Blick zuzuwenden, dem dieser, als er zufällig herüber sah, begegnete, und den er zu verstehen schien, da er sagte: „Mir fällt gerade ein, daß Sie nicht Russisch verstehen!“ Begütigend schielte er hinzu: „Ich erkläre Ihnen nachher alles.“

Sogleich wendete er seine Aufmerksamkeit wieder Dmochowski zu, der unruhig-ungewiß den Blick zwischen dem Präsekten und Garbislander hin- und hergeschickt hatte, dessen

Anwesenheit er sich wohl nicht erklären konnte. Der Schriftsteller, der sich ermattet fühlte und teilnahmslos geworden war, ergab sich in sein Schicksal und war entschlossen, auszuhalten.

Tudolin faßte den Studenten von Anfang an sehr energisch an; er setzte keine Fragen (scharf und präzise und schlen entschlossen, das Tempo durchzuhalten, das er zu dem Zweck eingeschaltet hatte, um Dmochowski aus seiner stumpfen Trägheit aufzuwecken und um ihm die schwere Zunge zu lösen.

Die Erkundigungen nach Alter, Geburtsort, Staatsangehörigkeit gingen glatt vorüber. Tudolin sah ein wenig vornübergebeugt und schien einer anderen, unhörbaren Stimme zu lauschen, nicht der, die aus Dmochowskis Munde sprach, die vielmehr verriet neben den gesprochenen Worten des Studenten einherließ. Unausgesetzt war er ein gespannter Zuhörer, stets bereit, jedes Wort unter das Mikroskop seines Mißtrauens zu nehmen, um es rücksichtslos von allen Seiten zu betrachten.

Ich bin hier überhaupt nicht vorhanden. . . dachte Garbislander; ich bin für die Leute hier nichts anderes als ein totes Inventarstück, ein lebloses Möbel, ich bin in ihren Augen weniger wert als ein Sessel, ich bin einfach Luft und existiere für sie nicht. . .

Die Tür öffnete sich. Zwei Beamte traten ein, deren jeder ein Altkorb in der Hand trug, die sie vermutlich dem Präsekten zu überreichen gedachten. Sie kamen jedoch nicht dazu, ihr Vorhaben auszuführen, da dieser heftig und entschlossen jede Art von Einmischung und Unterbrechung für die nächste Zeit sich verbot, so daß die beiden Herren auf Zehenspitzen das Gemach verließen, nachdem sie vorher ihrem tiefen Bedauern über die verursachte Störung pantomimisch unzweideutig Ausdruck verliehen hatten. Der Präsekt stieß mit dem unteren Ende des Bleistifts auf die vor ihm liegende Schreibmappe, und von da an folgten Frage und Antwort einander ohne Zwischenfall.

Tudolin richtete an Dmochowski vorerst die Aufforderung, eine zusammenhängende Darstellung der Geschehnisse, insbesondere eine Schilderung seiner Beziehung zu der Tochter des Kaufmanns Diefst zu geben. Der Student aber schweigend beharrlich, und seine Lippen bewegten sich, ohne daß jedoch ein Wort ein Laut hörbar werden wollte.

Der Präsekt trommelte mit seinen spitzen, manikürten Nägeln auf der Tischplatte; da Dmochowski jedoch noch immer

Die Ernährung in unseren Krankenhäusern, die der Deutschnationale bemängelt, ist unter der „sozialistischen“ Verwaltung wesentlich besser geworden. Die Kranken erhalten jetzt 600 Gramm Fleisch in der Woche gegenüber 400 Gramm früher. Vor dem Kriege wurden den Kranken freilich angedeutlich fünf Pfund Fleisch in der Woche geliefert, und wenn die Kranken an einer solchen gesundheitsschädlichen Ueberernährung mit Fleisch (5 Pfund pro Tag) nicht zugrunde gegangen sind, so verdanken sie dies allerdings der bürgerlichen „Musterwirtschaft“, bei der ein erheblicher Teil dieser Fleischmengen auf dem Wege bis zum Krankenzimmer zu verschwinden pflegte. Unter der sozialistischen „Musterwirtschaft“ soll nun die Fleischration über 600 Gramm hinaus auf das gesundheitlich zuträglichste Maß gesteigert werden. Hierzu bedarf es unter der jetzigen Finanznot der Mithilfe der Krankenkassen, und die Kommunisten erweisen den Kranken selber den schlechtesten Dienst, wenn sie sich gegen eine Erhöhung der Verpflegungssätze sperren. Die Allgemeinheit trägt schon jetzt den größten Teil der Kosten — durchaus mit Recht, denn Krankenhäuser dürfen nicht als „werbende Betriebe“ betrachtet werden —, aber sie kann unter den jetzigen Verhältnissen leider nicht alles tragen.

Die Frequenz in den Ambulatorien für Geschlechtskranke wie in den Beratungsstellen für Tuberkulose ist außerordentlich groß. So traurig dieser Beweis für das Anschwellen der beiden schlimmsten Volksverheerer an sich ist, so erfreulich ist es andererseits, daß immer mehr der Erkrankten ärztliche Hilfe rechtzeitig in Anspruch nehmen und daß die Einrichtungen unseres städtischen Gesundheitsamtes ihnen den Entschluß hierzu unter der neuen sozialistischen Leitung erleichtern.

„Christlich-unpolitische“ Werbearbeit.

Die um die Schule kämpfenden „Christlich-unpolitischen“ Elternvereinigungen, auf die bei den Elternratswahlen die Schulreaktion sich stützte, gebrauchen bei ihrer Werbearbeit manchmal recht sonderbare Mittel. An der Berliner 181. Knaben-Gemeinschaft in der Pusendorfstraße wurden bei den Elternratswahlen diesmal eine „Christlich-unpolitische“ Liste und eine nur als „unpolitisch“ bezeichnete Liste wegen Unrichtigkeiten auf einstimmigen Beschluß des aus Mitgliedern der Linksparteien und der Bürgerlichen zusammengesetzten Wahlvorstandes zurückgewiesen, so daß nur die gemeinsame Liste der Linksparteien blieb und daher aus dieser allein der neue Elternrat zusammengesetzt wurde. Die unterlegenen „Christlichen“ und „Unpolitischen“ hoffen, daß ein bereits eingereicher Protest von Erfolg sein wird, und rufen zu der Nachwahl, auf die sie rechnen. Als nun der neue Elternrat eine Elternversammlung einberief, in der unter Genosse Dr. Osterwald über „Schule und Religion“ sprechen sollte, vertrittet der „Christlich-unpolitische Elternbund“ unter seinen Leuten eine „streng vertrauliche“ Aufforderung, die Versammlung gleichfalls zu besuchen und zwar möglichst schon eine halbe Stunde vor dem für den Versammlungsbeginn festgesetzten Zeitpunkt zu erscheinen. Die Aktion, die da geplant wurde (aber hinterher wegen zu schwacher Beteiligung der „Christlich-unpolitischen“ Wähler im Saal verließ) fand auch bei einem Teil der Lehrerschaft willige und eifrige Unterstützung. Mitglieder des Lehrerkollegiums der Schule verteilten an ihre Schulkinder hektographierte Zettel, die folgendermaßen die „Christlich“ gesinnten Eltern zum Besuch der Versammlung ermunterten: „Der Religionsunterricht ist in Gefahr! Der jetzige Elternrat hat für heute abend 7 Uhr eine Elternversammlung einberufen. Thema: Schule und Religion. Christlich gesinnte Eltern, seid auf der Hut und erscheint in Massen. A. A. Döhler.“ Der unterzeichnete Herr Döhler ist Lehrer an der 181. Schule. Wohlgerichtet: nicht um eine von den Leuten des Herrn Döhler einberufene Versammlung handelte es sich! Vielmehr war es darauf abgesehen, in eine Veranstaltung des diesen Leuten unangenehmen neuen Elternrates einzugreifen, so daß ihr Erfolg vernichtet würde. Das ist, wie schon gesagt, nicht gelungen. Aber die Bedenklosigkeit, mit der zu einem solchen Versuch auch Lehrer durch zufälligen offiziellen Mitwirkung sich als Helfer hergaben und dabei die Kinder derselben Eltern benutzten, gegen die ihr Vorgehen sich richtete, ist doch ein starkes Stück und kennzeichnet die „Christlich-unpolitischen“.

Die Unterschlagungen bei der Polizeihauptkasse.

Die mit überraschender Dreistigkeit im Dezember 1921 ausgeführten Desauditionen an der Berliner Polizeihauptkasse werden am 28. Juni ihre Sühne vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I finden. Wie erinnert, hatten sich die Polizeiuwachtmeister Willi Hiebler und Willi Fechner, die beide bei der genannten Kasse Anstiftungsbedienste verrichteten, zusammen-

keine Anstalten traf, dem Vorkrieg Folge zu leisten, vermutete Tudolin, daß jener wohl nicht die Fähigkeit besitze, die Sachlage in den einzelnen Stadien wiederzugeben, sei es, weil ihm die Veranlagung fehle, im Zusammenhang zu berichten, sei es, weil sein Zustand derart herabgemindert war, daß ihm augenblicklich die Kraft zur Konzentration fehle.

„Wann haben Sie Fräulein Erika Diefst kennen gelernt?“ fragte der Präsekt.

„Das ist nicht leicht zu sagen. . . auf den Tag nämlich. . .“ antwortete der Student mit verlorenem Blick.

„Sie müssen bloß wollen — dann wird es schon gehen. . .“

„Dann ist es wohl schon einige Jahre her. . .“

„Können Sie das nicht präziser ausdrücken?“

„Drei Jahre. . . mögen es sein. . .“

„Ganz genau?“

„Noch nicht ganz; im Mai werden es erst drei Jahre sein.“

„Wo habt ihr euch kennengelernt?“

„Auf der Straße. . .“

„Sie haben das Fräulein vermutlich belästigt? Sind ihr nachgegangen und haben sie nach Studentenart angesprochen?“

„Durchaus nicht; unser erstes Zusammenfinden hat sich vielmehr unter ganz anderen Umständen ereignet. Es ist da ein Menschenauflauf gewesen, der dadurch hervorgerufen wurde, daß ein Hund überfahren worden war: ein kleiner, weißer Spitzhund. Das arme Tierchen schrie erbärmlich. Domals habe ich Fräulein Diefst, die sich des verletzten Tiers angenommen hatte, zum erstenmal gesehen. Ich machte mich erbötig. . .“

„Da haben Sie sie ja doch angehaßt!“

„Ich machte mich erbötig, das Hundchen bis in ihre Wohnung zu tragen, und mußte sie, da sie mein Anerbieten annahm, notwendigerweise begleiten.“

„War es denn ein herrenloser Hund?“

„Es war niemand da, der sich der verletzten, blutenden Tieres angenommen hätte.“

„Sie sind mit Fräulein Diefst bis nach Hause gegangen?“

„So habe ich Fräulein Diefst kennengelernt.“

„Und seither?“

„Sind wir oft zusammen gewesen.“

„Wie oft?“

Der Student faßte mit der Hand nach seinem Hals, als ob ihn dort etwas würgte; der Esel über die Selbstverständlichkeit, mit der man in den Verborgenen und Geheimnissen seines Lebens stocherte, ließ ihn schweigen. (Fort. folgt.)

Schulddebatte im Landtag.

Werkwürdige Möbelverkäufe in München.

Zur Frage der Schuld am Kriege

Sind auch wir der Ansicht, daß unser im Versailles Vertrag niedergelagertes Schuldbekenntnis als Erpressung anzusehen ist; aber wir sind andererseits auch überzeugt, daß die Behauptung, Deutschland sei völlig unschuldig, viel zu weit geht. Die militaristische Tendenz aller am Kriege beteiligten Staaten hat den Krieg herbeigeführt. Die Bedeutung des Urteils im Feschenbach-Prozess darf man nicht überschätzen. Der Ausdruck von der ungeheuerlichen Fälschung der geschichtlichen Wahrheit in der großen deutschnationalen Anfrage ist äußerst übertrieben. Esner hat allerdings den letzten Versuch der deutschen Regierung, den Krieg zu totalisieren, weggelassen, aber nicht aus betrügerischer Absicht, sondern weil er von vornherein nicht an diese Möglichkeit geglaubt hat. Indem man durchaus einseitig auf diese Auslassung die Aufmerksamkeit lenkt, lenkt man sie von dem übrigen schwerwiegenden Inhalt der Eisenrücken-Publikation ab, welche die schwere Mitschuld Deutschlands am Kriege erweist, welche erweist, daß Oesterreich mit Billigung Deutschlands das Ultimatum an Serbien richtete, wo man doch wußte, daß es sich nicht um Serbien allein handelte, sondern daß dahinter Rußland stand und daß dahinter England als Verbündeter von beiden stand. Das Dokument ergibt, daß Deutschland zwar den Frieden gewollt, aber den Stein ins Rollen gebracht hat. Ich erinnere noch an den Bericht des Grafen Berchthold vom 31. Juli aus Berlin und die darin enthaltene Aufforderung des Generalstabschefs v. Moltke. Nach unserer Meinung müssen wir zwar dagegen ankämpfen, daß man Deutschland die Alleinschuld auferlegt, aber ebenso sehr soll man sich hüten, eine Unschuldfrage zu propagieren. Von gewisser Seite wird mit dieser Reinwaschung der alten Mächte nichts anderes versucht, als dem alten Regime, der Monarchie, den Weg zu ebnen.

Das werden wir bis zum äußersten bekämpfen. Wir sind trotz aller Mühe der Zeit überzeugt, daß im Volk nun und nimmermehr eine Mehrheit vorhanden sein wird, welche nach den Zuständen der alten Monarchie verlangt trägt. Wir sehen die Hauptaufgabe gegenwärtig in der Konsolidierung und dem Ausbau des neuen Staates; allen Tendenzen, die hier stören und hindern wollen, muß mit voller Schärfe entgegengetreten werden. Wir hoffen, daß auch das Staatsministerium sich dieser Aufgabe voll bewußt ist und mit aller Entschiedenheit diesen Weg gehen wird. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Heß (Z.): Wenn Wilhelm II. nicht ausgeliefert worden ist, so ist das der Initiative des Papstes Benedikt XV. zu verdanken. Wir lassen uns eine einseitige Behandlung in bezug auf Stellensetzung nicht länger gefallen.

Ministerpräsident Genosse Braun macht aufsehenerregende Mitteilungen über Möbelverkäufe aus der preussischen Gefandtschaft in München. Der Abg. Heß (Z.) hatte in seiner heutigen Rede die Regierung interpelliert, warum diese Käufe getätigt worden wären, an wen und zu welchen Preisen, und ob diese Preise nicht in auffälligem Mißverhältnis zum wirklichen Wert stünden. — Genosse Braun führte aus, daß man zu dem Verkauf geschritten sei, weil man aus finanziellen Gründen die Gefandtschaftsräume hätte verfeinern wollen. Daraus habe sich die Notwendigkeit ergeben, Möbel zu verkaufen. Das sei geschehen durch den preussischen Geschäftsträger in München v. Schellen im Auftrage des Finanzministeriums.

Was verkauft worden sei, könne genau noch nicht gesagt werden, da die Liste noch nicht vorliege. In den Akten befände sich aber eine Liste derjenigen Gegenstände, die verkauft werden sollten und diese Preise würden wohl dem tatsächlichen Verkaufspreis entsprechen. Unter lehrhaftem „Hört, hört“ und großer Erregung teilte dann Genosse Braun einige Preise mit. So seien für einen Kuchbaumbüschel 7500 M. angefeht, für einen Kist 3000 M., für einen Tisch aus Kuchbaum 800 M. Diese Schätzung habe im September 1921 stattgefunden. (Lebhaftes Hört, hört!) Die Sachen seien verkauft zum Teil an die Main-Donau-Gesellschaft, die einzelne Räume der Gesellschaft gemietet habe, zum Teil an den Direktor Kothe von der Deutschen Bank. Als Genosse Braun dann feststellte, daß auch ein Teil der Sachen an Herrn von Schellen selbst verkauft wäre, durchbrauste ein neuer Entrüstungssturm das Haus.

Abg. Wallraf (Dmit.): Der Schuldspruch der Entente belastet uns und unsere Nachkommen zu Unrecht.

Abg. Dr. Wiemer (D. Sp.): Die Weltläge von der Allein Schuld Deutschlands muß von der Regierung mit allen Mitteln bekämpft werden.

Abg. Leid (U. Soz.): Eine Revision des Versailles Friedensvertrages streben auch wir an.

Abg. Dr. Gottschalk (Dem.): Das Schuldbekenntnis ist dem deutschen Volk abgepreßt worden, aber unerhört ist es, wenn das Unglück des Vaterlandes demjenigen zugeschoben wird, die damals in der Not der Stunde dieses Geständnis sich haben abpressen lassen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr verlagert. Schluß gegen 5 1/2 Uhr.

Die Einwirkung der Delata auf das Strafmaß. Eine etwas absonderliche Urteilsbegründung hat die Geschichtsinhaberin Fr. Anna S. u. v. voran, gegen ein Urteil des Schöffengerichts Tempelhof Berufung einzulegen. — Die Angeklagte hatte, als die Rationierungsvorschriften noch bestanden, aus Ostpreußen Butter und Wurst bezogen und an ihre Kundschaft in ihren sechs Lebensmittelgeschäften abgegeben. Die Folge war eine Anklage wegen Schleichhandels und Höchstpreisüberschreitung. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagte zu 15000 Mark Geldstrafe und 1 Monat Gefängnis. Die Höhe der Geldstrafe wurde damit begründet, daß die Tat schon im Jahre 1920 begangen sei, als die Mark noch größeren Kurswert hatte. Das Vergehen der Angeklagten wäre damals vielleicht mit 3000 M. Geldstrafe geahndet worden, welcher Betrag bei den heutigen Fleischpreisen ungefähr der Summe von 15000 M. entspreche. Auf Grund der Ausführungen des Verteidigers erkannte das Gericht unter Aufhebung des ersten Urteils nur auf 3000 M. Geldstrafe.

Die psychologischen Prüfungen für begabte Knaben und Mädchen finden wieder im August dieses Jahres im Rathaus zur Aufnahme in die Förderklassen des Röllnischen Gymnasiums der Raempfl-Realschule und der Mädchen-Wittelschulen statt. In Frage kommen Knaben aus der I. u. Oberklasse und Mädchen, die Michaelis in die I. Klasse versetzt werden. Meldungen müssen bis Anfang August erfolgen, und zwar für Knaben an die Deputation für die höheren Angelegenheiten der höheren Lehranstalten, Berlin, Wilhelmsstraße 68. Die Meldungen für Mädchen sind zu richten an die städtische Schuldeputation, Köpferstr. 29/30.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Dem am 27. u. 28. d. M. abgehaltenen erweiterten Bildungsausschuss im Sitzungssaal des Reichsverbandes, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Et. Die Anwesenheit aller Mitglieder ist dringend erforderlich. Besetzung der Oberlisten für 27. August. — Ferkonzerte: Die Ausgabe der Besetzungslisten ist erfolgt. Listen liegen aus bei allen Abteilungen und Bildungsausschüssen, Mitgliedern der Kreise und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Et., Zimmer 4. — Verlokung von Kunstblättern: Nennung am 1. Juli d. M. Vole 4. 3 Mark bei allen Abteilungen und Bildungsausschüssen der Kreise und im Bureau des BBA. Die noch fehlenden Fragebogen sind sofort einzureichen.

Arbeiterport.

16. Bezirk Köpenick. Der Reichsarbeiterport ist wegen des schlechten Wetters am Sonntag, den 25. Juni, verlagert worden. Die Vereine von Köpenick, Friedrichshagen, Schöneberg, Grönau und Köpenick treffen sich mittags 3 1/2 Uhr in Feldbergpark und Sportplatz auf dem Feldbergpark in Köpenick. 2 Uhr Beginn der sportlichen Wettkämpfe auf dem Eiche-Sportplatz in Köpenick.

Die zweite Lesung des Etats des Staatsministeriums und des Staatsministers wurde gestern im Landtag bei Besprechung der Ernährungsvorlagen fortgesetzt.

Abg. Dr. Schneider-Halle (Dem.): Die Darstellung, als ob der Landwirtschaft bei der Umlage ein besonderes Opfer zugemutet werde, geht fehl.

Abg. Kallan (Komm.): Die Landwirtschaft ist nicht der einzige Faktor, dem Zucker vorzuwerfen ist. Industrie und Handel haben gleichen Anteil daran.

Abg. Schlange-Schönning (Dn.): Bei den Berliner Volkssammlungen am Freitag wird der Ministerpräsident hofentlich (Zurück links: Der Schlange den Kopf zertreten!) Wahrheit in die Wägen hineintragen. Er hat bemerkt und gemerkt das entsetzt, was ich vorhin vorgetragen habe. Unsere Industrie kann nur bei einem kaufkräftigen Inlandmarkt gedeihen, deshalb muß wenigstens ein Teil der Bevölkerung kaufkräftig erhalten bleiben. (Unruhe links).

Ministerpräsident Braun:

Den guten Rat, den mir Abg. Schlange erteilte, glaube ich ihm zurückgeben zu müssen. Er hätte mehr Veranlassung, einmal in sich zu gehen und zu prüfen, ob es nicht in seinem Interesse läge, etwas sachlicher, mit etwas weniger demagogischer Arranganz aufzutreten. (Große Unruhe rechts.) Er hat es für geschmackvoll gehalten, gegen mich den Vorwurf zu erheben, ich hätte das, was er vorgetragen hat, entsetzt. Der Abg. Schlange hat auch nicht einmal den Versuch gemacht, nur eine einzige meiner geäußerten tatsächlichen Ausführungen zur Begründung dieses unerhörten Vorwurfs zu widerlegen. Solange er nicht einmal diesen Versuch macht, erkläre ich es für unmöglich, mich sachlich mit ihm auseinanderzusetzen. Ein schwacher Versuch, den er in dieser Richtung machte, ging dahin, daß er sagte, er hätte nicht davon gesprochen, daß die Landwirte sich bereichern wollten. Diese Behauptung habe ich gar nicht aufgestellt. Wenn Sie, Herr Schlange, davon sprechen wollten, wären Sie längst nicht mehr der beliebte Bauernagitor. Ich habe lediglich davon gesprochen, daß in der Tat das Aufstreben gewisser extremer Agitatoren in den Städten den Ansehen erwecken muß, daß diese Kreise ihr Bereicherungs- und Gewinninteresse über das allgemeine Interesse der Städte und der Bevölkerung überhaupt stellen. Wenn Sie davon gesprochen haben, es wäre erwünscht, daß der Ministerpräsident sich nicht auf das Niveau eines Demagogen stelle, so erkläre ich Ihnen, Herr Abgeordneter Schlange, nach Ihrer ganzen politischen Tätigkeit, besonders nach Ihrem Auftreten hier, wo Sie sich schon etwas kultivierter benehmen als im Sommerlichen, haben Sie die allgeringste Berechtigung, diese Aufforderung an mich zu richten. Sie steigen damit gerade auf das Niveau des Demagogen herab. (Große Unruhe rechts.) Ich glaube, gestern den Ernst und die Wichtigkeit des Problems genügend betont zu haben, ich habe darauf hingewiesen, daß letzten Endes diese einseitige Betonung egoistischer Interessen eines Standes nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden auch dieses Standes ausfallen wird, wenn die Zeiten kommen, wo er nicht mehr diese Monopolstellung einnimmt. Damit ist der erste Abschnitt der allgemeinen Besprechung beendet. Das Haus geht über zur Besprechung über allgemeine politische Fragen in Verbindung mit den Anträgen betreffend die Schuld am Weltkriege.

Abg. Varkels-Berlin (Soz.):

Zwischen der Regierung und dem Vorkomitee des Staatsrates sind Differenzen staatsrechtlicher Natur aufgetreten. Wir müssen fürchten, daß diese Differenzen in Zukunft sich noch stärker bemerkbar machen werden und würden begrüßen, wenn sich in diesem Hause recht bald eine Mehrheit für die Wiederbestellung des Staatsrates fände. Die Frage der Provinzial-Autonomie muß ihrer Lösung entgegengeführt werden. Auch wir wünschen weitestgehende Durchführung der Selbstverwaltung der Provinzen, aber die Grenze muß beim Staatsinteresse gezogen werden, durch die Selbstverwaltung der Provinz darf das Staatsganze nicht erschüttert werden. Das in Oberstleuten gegebene Versprechen einer Abstimmung über die Autonomie muß gehalten werden. Wir sehen es für besser an, auch für Oberschlesien, selbst, wenn dieses Land mit Preußen verbunden bleibt und nicht ein autonomer Staat wird. Bezüglich der Groß-Hamburg-Frage sind wir bereit, den Wünschen Hamburgs nachzukommen, soweit es sich um die Vergrößerung des Hafens und die Erhaltung seiner Lebensfähigkeit handelt; darüber hinaus sehen wir die Notwendigkeit einer Vergrößerung des Staates Hamburg nicht ein; jedenfalls gehen die Wünsche Hamburgs weit über das notwendige Maß hinaus. Das Staatsministerium hat sich eine neue Geschäftsordnung gegeben, in der einige bisherige Rechte des Einzelministers, so das Recht der Ernennung von kommissarischen Beamten, auf das Gesamtministerium übergegangen ist. Wir wissen nicht, warum diese Einigung nötig war und möchten hören, ob sie sich bewährt hat und bestehen bleiben soll; wir würden die Wiederherstellung des alten Zustandes für das Beste halten.

das wäre ja mehr als toll, wenn sie das beabsichtigt hätte, und ein solcher Vorwurf ist im „Vormärts“ selbstverständlich nicht mit einer Silbe angedeutet worden. Aber daß die Ermittlung der Firma „Adria“ durch Bernhardt u. Co. die Wirkung haben kann, die bei der „Adria“ beschäftigten Arbeiter brotlos zu machen, das werden Bernhardt u. Co. doch wohl selber begreifen. Die Zuschrift bemerkt hierzu, daß Bernhardt u. Co. gegenüber dem Demobilisationskommissar sich bereit erklärt haben, aus den etwa bei der „Adria“ brotlos werdenden Arbeitern die für ihren eigenen Betrieb brauchbaren zu übernehmen. Da wären wir neugierig zu sehen, wie viele das sein würden. Daß Bernhardt u. Co. die „Adria“ auf ihrem Grundstück nicht länger behalten wollen, weil sie selber die Räume für ihren eigenen Betrieb brauchen, gibt die Zuschrift ausdrücklich an. Demgegenüber ist es belanglos, daß für das Raumurteil die Unpünktlichkeit bei der Mietzahlung als Grund angeführt wird. Bernhardt u. Co. wollten die „Adria“ loswerden, das geht aus ihrer eigenen Darstellung hervor.

Verlagung des Mordprozesses Großmann? Wie mitgeteilt, sollte bereits am 1. Juli die Verhandlung gegen den Frauenmörder Großmann vor dem Schöffengericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Jegg stattfinden. Wegen dieser nach seiner Meinung etwas überflüssig schnelle Terminanberaumung hat jetzt Rechtsanwalt Dr. Frey als Verteidiger Großmann protestiert mit dem Hinweis, daß ihm in dieser sehr komplizierten Sache nur eine Vorbereitungsfrist von elf Tagen zur Verfügung stehe. Deshalb ist von Rechtsanwalt Dr. Frey gestern ein Antrag auf Verlegung des ganzen Prozesses gestellt worden mit dem Hinweis, daß er an der Verlegung der Terminanberaumung bzw. Anklageerhebung keinen Anteil habe, da die Vorbereitung der Gutachten, die Unterbringung Großmanns in die Irrenanstalt Neu-Nippin und die sehr schwierige Voruntersuchung derart lange Zeit in Anspruch genommen habe.

Wegen fälschlicher Verschleppungen gegen seine Schüler stand gestern der Oberlehrer Dr. Franz von der Dorotheenschule den Realisten unter Anklage. Nach mehrstündiger Verhandlung, in der der Angeklagte unter Beistand des Rechtsanwalts Dr. Großmann die erhobenen Anschuldigungen zu entkräften suchte, kam das Gericht zu einer Verurteilung, da das Gericht auf Antrag des medizinischen Sachverständigen und nach Anhörung des Verteidigers in Gemäßheit des § 81 der Strafprozessordnung beschloß, zur Vorbereitung eines Gutachtens über den Geisteszustand des Angeklagten, diesen zur Beobachtung einer öffentlichen Anstalt zu überweisen.

gefunden und auf gefälschte Schecks an der sogenannten Vorkaufsstelle nach und nach Geldbeträge in Höhe von 850000 M. abgehoben. Mit dieser Summe waren die Defraudanten flüchtig geworden, und ihre Verhaftung war lange Zeit nicht möglich. Schließlich gelang es, den flüchtigen Feschner in Berlin zu verhaften. Feschner indessen blieb noch bis zum Februar 1922 verschwunden, und erst durch die Mithilfe der Anverwandten des Defraudanten war es möglich, den Flüchtling in Leipzig zu stellen. Beide hatten, wie sich dann herausstellte, zunächst eine Fabrik ins Riesengebirge unternommen, um später über die Grenze nach der Tschechoslowakei zu entkommen. Dieses Vorhaben war ihnen indessen mißglückt, da sie keine ausreichenden Papiere besaßen. Von dem unter-schlagenen Geld konnte nur ein geringer Teil wieder erbracht werden. Die Anklage lautet auf Urkundenfälschung. Neben den beiden Defraudanten werden wegen Beihilfe die Arbeiterin Marie Feschner, der Buchhalter Duderstedt und der Schlichter Haller auf der Anklagebank sitzen. Die Verhandlung, zu der etwa 15 Zeugen geladen sind, dürfte Aufklärung bringen, wie es möglich war, daß die beiden Ausschäftsbeamten derartige Summen unbeanstandet unterschlagen konnten.

Riesendiebstähle in der Hauptwerkstätte Tempelhof.

Verhaftung von sieben Eisenbahnbediensteten.

Durch die Arbeit der Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin ist es gelungen, in der Eisenbahnhauptwerkstätte Tempelhof Diebstähle von ungewöhnlichem Umfange aufzudecken, an denen eine größere Anzahl von Eisenbahnbediensteten beteiligt waren.

In der Materialverwaltung der Hauptwerkstätte wurden schon seit längerer Zeit eine Reihe von Unregelmäßigkeiten beobachtet. Die Bestände des Lagers konnten mit dem Verbrauch und dem Eingang der Materialien nicht in Einklang gebracht werden und trotz schärfster Kontrolle war stellen. Auch den zur Hilfe herbeibeordneten Beamten der Ueberwachungsabteilung gelang es zunächst nicht, hinter die Schliche der Diebe zu kommen, bis es jetzt endlich gelungen ist, durch langwierige Beobachtungen den „Gang der Geschäfte“ zu entdecken und die Diebe auf frischer Tat zu stellen. Nicht weniger als 7 Bedienstete der Eisenbahnhauptwerkstätte Tempelhof wurden gestern zum Teil von der Arbeitsstelle fort verhaftet und eingehend vernommen. Die Vernehmungen haben ergeben, daß die Beteiligten durch ein raffiniert ausgeklügeltes Verfahren die Materialverwaltung der Werkstätte seit Monaten getäuscht haben und sich auf diesem Wege in den Besitz großer Mengen von Werkstoffen aller Art setzten, wobei ihnen u. a. Kunstleder, Drilling, Sogelkneten, Albest, Kupfer, Metalllegierungen usw. in die Hände fielen. Die Beute wurde mit Hilfe einer ganzen Reihe von Helfern, unter denen sich auch ein Polizeibeamter befand, verkauft, so daß der angerichtete Schaden sehr beträchtlich sein dürfte. Ein Ueberblick über die Höhe des Schadens läßt sich zur Stunde noch nicht gewinnen, doch muß mit größeren Summen gerechnet werden, da es bisher nur gelungen ist, einen geringeren Teil der Beute wieder herbeizuschaffen. Sämtliche Beteiligte sind zum Teil gefänglich; sie wurden, da weitere Ermittlungen noch im Gange sind, sämtlich verhaftet und dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Alles um die Braut.

Schlimme Folgen einer Liebeshörigkeit.

Ein eigenartiges Frauen-schicksal kam in einer Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zur Sprache. Wegen Totschlags bzw. Beihilfe waren der Kaufmann und Amateurboxer Heinrich Kuse und die geschiedene Frau Maria Schulze geb. Kell, geschiedene Saffier, geschiedene Steinweg angeklagt.

Der 21jährige Angeklagte Kuse unterhielt mit der 41jährigen Mitangeklagten Schulze ein Liebesverhältnis, obwohl diese unter sittenpolizeilicher Kontrolle stand und alles andere als hübsch oder bloß einigermaßen ansehnlich zu nennen war. Wie er vor Gericht angebot, habe ihn das eigenartige Lebensschicksal dieser Frau an sie gefesselt. Die Schulze ist, wie sie selbst erzählte, die einzige Tochter eines ehemals sehr reichen Hamburger Fabrikbesizers, der kurz bevor er in Vermögensverfall geriet, sie als 15jähriges Mädchen an einen reichen, alten Geschäftsfreund verheiratete, dem sie schon nach ein paar Wochen durchbrannte. Sie wurde geschieden und heiratete einen Monteure, der sie dem Laster in die Arme führte. Auch diesem brante sie durch und wurde geschieden, um ein drittes Mal zu heiraten. Der einmal eingeschlossene lichterhaste Weg trieb die Angeklagte jedoch wieder dazu, daß sie zum dritten Male geschieden wurde, nachdem sie mit dem Angeklagten Kuse ein Liebesverhältnis begonnen hatte. Kuse wurde wegen seiner ältlichen „Braut“ öfter gehänselt, so auch, als er am 14. August d. J. in einer Gastwirtschaft in Reutkuhn die S. auf dem Arme eine Treppe heruntertrieb. Der Rutscher Pianowski äußerte dazu: „Du trägt er die alte Zide auch noch auf den Armen!“ Dies führte zu einem Streit, der sich später auf der Straße fortsetzte. Hierbei soll die Schulze dem K. heimlich ein Messer zugesteckt haben, mit dem K. dem Pianowski einen Stich in den Unterleib beibrachte, an dessen Folgen K. bald nach seiner Einlieferung in das Arantenhause Urban verstarb. — Vor Gericht trat Rechtsanwalt Heinrich Schröder für Kuse den Beweis dafür an, daß dieser von dem Getöteten und seinen Freunden auf das äußerste gereizt worden war und die Tat in einem durch Trunkenheit verstärkten Affektzustande verübt habe. Für die Mitangeklagte Schulze beantragte Rechtsanwalt Dr. Schwandt die Verneinung der Schuldfragen, da in dem entstandenen Tumult keiner der Beteiligten objektiv richtige Beobachtungen habe machen können. Die Geschworenen folgten auch diesem Antrage, so daß die Schulze freigesprochen wurde. Bei Kuse behaupten die Geschworenen nur die Schuldfrage nach Körperverletzung mit tödlichem Ausgange unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 10 Monaten der Untersuchungshaft.

Neue Straßenbahn-Sammelkarten.

Die bisherigen Sammelkarten der Stammbahnen für 7 Fahrten zu 20 M. verlieren bei Einführung des erhöhten Tarifs ihre Gültigkeit, dürfen aber bis Ende Juli gegen Lösung eines Zuschahrscheinens zu 1 M. für die Einzelfahrt ausgetauscht werden; für die dann noch nicht ausgetauschten Fahrten wird das Fahrgehalt mit 2.90 M. für die Fahrt vom 1. bis 12. August d. J. auf den Bahnhöfen und in der Hauptausgabestelle, Leipziger Platz 14, erteilt. Im Binnenverkehr der Vorortbahnen (norm. Spandauer Straßenbahn, Köpenicker Straßenbahn, Teltower Kreisbahnen, einfach. Grunewaldbahn) werden Sammelkarten für 8 Fahrten zum Preise von 22 M. ausgetauscht. Die Preise der Monatskarten werden nicht erhöht. Schülermonatskarten kosten 75 M., Arbeiterwochenkarten auf den Stammbahnen für 6 Fahrten an Werktagen 20 M., auf den Stammbahnen für 12 Fahrten an Werktagen 40 M., und auf den Stammbahnen für 48 Fahrten an den Werktagen (Arbeiterwochenkarte) 160 M.

Fabrikbetrieb und Vermietershuh.

Zu unserer in Nr. 286 gebrachten Mitteilung über einen Streit zwischen der Firma Max Bernhardt u. Co. als Eigentümerin des Grundstückes Grenzlaue Allee 38 und der in gemieteten Räumen dieses Grundstückes ihr Unternehmen betreibenden Firma „Adria“ schied uns die Firma Bernhardt u. Co. eine Gegenäußerung. Sie macht darin keinen Versuch, irgendeine unserer Angaben zu bestritten, aber sie fühlt das Bedürfnis, zu versichern, daß der Zweck ihres Vorgehens nicht der war, die Arbeiterschaft der Firma brotlos zu machen. Nun,

11. Deutscher Gewerkschaftskongress.

Leipzig, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der dritte Tag beginnt mit dem wirkungsvollen Schlusswort Leipzigs. Er befragt sich, ob die Diskussion ihm seine Aufgabe erfüllt gemacht hat, ging dann aber mit der Demagogie Dismozims ins Gericht, der sich zum entsetzlichen des Kongresses gemacht habe. Der Tag wird zum Abstimmungstag. Sein Ergebnis ist nach der glänzenden Rechtfertigung der Realpolitik des ADGB, durch den glänzenden Breg nicht mehr zweifelhaft, ganz abgesehen von den 97 Proz. SPD-Stimmen. Die Bandwurm-Resolutionen der Kommunisten sollen glatt unter den Tisch. Mit überwältigender Mehrheit spricht der Kongress dem Bundesvorstand sein Vertrauen aus. Während der Kongress sein Menschlichkeitsgefühl in der Frage der Freilassung der politischen Gefangenen bekundet und nur gegen die Formulierung des kommunistischen Antrags Bemerkungen macht, stimmen die Kommunisten gegen den Antrag auf Freisprechung der Sozialrevolutionäre und den Protest gegen die Sozialjustiz.

Der Wählerbeschluss wird gegen 2 Stimmen gefasst und die Idee der Bildung einer Arbeiterregierung abgewiesen. In der Frage eines Theoretikers und Gewerkschaften, kommen nach einem Referat eines Theoretikers eine Reihe Praktiker zu Wort, die mehr oder minder temperamentvoll, aber doch sachlich, ihre Beschwerden vordringen und für die Beobachtung und Erweiterung der Rechte der Betriebsräte eintreten. Morgen steht das zukünftige Arbeitsrecht zur Verhandlung. Referat ist Professor Einzelmeier. Am Freitag beteiligt sich der Kongress an einer Demonstration gegen die Reaktion auf dem Augustusplatz.

SPD, Leipzig, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Zu Schluss der Vornachmittagssitzung wurde ferner eine Entschließung angenommen, die den Beschlüssen von Rom über die

Bekämpfung des Militarismus und des Krieges

zustimmt. Die Friedensverträge haben die Kriegsgefahr nur noch vergrößert, und auch die Genuefer Konferenz hat keine Entspannung gebracht. Der Völkerbund ist eine Unmöglichkeit, solange nicht alle Regierungen auf die Austragung ihrer Streitigkeiten durch Kriegsgewalt verzichten. Der Kongress erachtet es als notwendig, daß die Arbeiter aller Länder ihren Widerspruch gegen den Krieg bekunden und in einmütigen Entschlüssen den Kampf gegen die Friedensstörer aufnehmen. Der Einberufung eines Volksfriedenskongresses der Arbeiterschaft stimmt die Entschließung zu und fordert die deutschen Gewerkschaften auf, sich daran zu beteiligen. Die von der Jugendkonferenz dem Gewerkschaftskongress überreichte Entschließung der Jugend- und Lehrlingsfrage wird angenommen. Beschlossen wird ferner, von der Regierung eine Erhöhung der steuerfreien Werbelöhne, eine Herabsetzung des zehnprozentigen Einkommensteuerfußes von 50.000 auf 100.000 Mark und eine Erhöhung der steuerfreien Einkommen zu verlangen. Der 1. Mai soll als gesetzlicher Feiertag gefordert werden.

Mittags erstattet Körpel (Betriebsrätezentrale) sein Referat über

Betriebsräte und Gewerkschaften.

Seinen Ausführungen, denen der Kongress mit lebhaftem Interesse folgt, liegt eine eingehende Entschließung zugrunde, in der darauf hingewiesen wird, daß durch das Betriebsrätegesetz die Alleinherrschaft der Unternehmer durchbrochen ist. Die Betriebsräte sind ein Organ der Gewerkschaften, keine selbständige

Institution. Gesetze auf dem Gebiete des Arbeiterrechts allein genügen nicht. Diese finden erst ihre Geltung und Verwirklichung durch die gewerkschaftlichen Tarifverträge. Die neuen Arbeitergesetze erfordern seitens der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre große Sachkenntnis und Hingebung. Die bisher getroffenen Einrichtungen zur Schulung der Arbeitervertreter sind noch zu verbessern. Über Sache aller Arbeiter ist es, durch Stärkung der Gewerkschaften diese Rechte lebendig zu machen. Dann tritt der Kongress in die Mittagspause ein.

Nachmittags-sitzung.

Vor Eintritt in die Debatte über das Referat Körpels empfiehlt die Redaktionskommission die einstimmige Annahme der Resolution des Referenten und eine dazu vorliegende Ergänzung der Entschließung Breg (Fabrikarbeiter).

Widler (Fabrikarbeiter) begründet die Entschließung Breg und stellt fest, daß die nach parteipolitischen Grundfragen gewählten Betriebsräte ihre Aufgabe nicht erfüllen können, und fordert zur Abstellung dieses Mißstandes für die Neuwahl der Betriebsräte eine planmäßige Vorbereitung der Wahlen. Die Kandidatenlisten sollen durch die Gewerkschaften aufgestellt, und bei der Zusammenlegung der Betriebsräte sollen die männlichen und weiblichen Arbeitstheile berücksichtigt werden. Die Gegenkandidaten sollen einer Gewerkschaft des ADGB, oder der KfV angehören. Bei ihrer Auswahl sollen nur berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaften als denen, die dem ADGB, und der KfV angehören, sollen nicht abgeschlossen werden. In einem Betriebe eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste aufgestellt, so dürfen Mitglieder einer Gewerkschaft des ADGB, sich nicht als Gegenkandidaten aufstellen lassen.

Schmäh (Eisenbahner) wendet sich gegen die Resolutionen Körpel und Breg und begründet seine eigene, die vom ADGB, fordert, daß er für den Ausbau des Mitbestimmungsrechts und die Beseitigung aller Sondergesetze für die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten eintritt. Ferner fordert er die Übernahme der Kosten für die Schulung der Betriebsräte durch das Reich. Der Redner tritt gleichzeitig ein für eine Resolution Schumachers, die eine Revision des Betriebsrätegesetzes, die Bildung von Konzernbetriebsräten und vom ADGB, fordert, daß er Schritte unternimmt, um der Sabotage des Gesetzes- und der Entsendung von Betriebsräten in die Aufsichtsräte Einhalt zu gebieten.

Müller (Transportarbeiterverband) ersucht die Angehörigen, sich mit den Betriebsräten der Arbeiter wieder an einen Tisch zu setzen und sie mit ihrer besseren Schulbildung zu unterstützen.

In der weiteren Diskussion treten die meisten Redner für die Resolution Körpel und Breg ein. Nur die Kommunisten lehnen alles ab. Ein Schlussentwurf macht der Debatte ein Ende. In seinem Schlusswort stellt Körpel einige Mißverständnisse, die sich aus seinem Referat ergeben, richtig und weist nach, daß tatsächlich in vielen Fällen den Unternehmern zu Unrecht vorgeworfen wird, daß sie das Betriebsrätegesetz sabotieren. Man könne nicht von Sabotage reden, wenn die Unternehmer ihre Rechte besser kennen als die Arbeiter und sie auch besser ausüben. Ebenso wenig könne man von einer Sabotage des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsräten in die Aufsichtsräte sprechen, wenn die Unternehmer das nicht zugestehen, was nicht in dem Gesetz enthalten ist.

In der Abstimmung wurden die Resolutionen Körpel, Breg und Schmäh angenommen, ferner wurden zwei Anträge angenommen, von denen der eine den Betriebsräten das Recht abspriht, mit den Unternehmern über die Lohnverhandlungen usw. zu beraten, während der andere wirtschaftliche Schulen für die Betriebsräte fordert. Angenommen wird dann auch noch eine Resolution der Landarbeiter, die sich gegen die Benachteiligung der Landarbeiter gegenüber den Industriearbeitern in der Frage der Wahl der Betriebsräte wendet.

Dann vertagt sich der Kongress auf Donnerstag vormittag.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksrat in Berlin.

Auf einstimmigen Beschlus des Bezirksvorstandes findet der diesjährige ordentliche Bezirksrat am Sonntag, den 24. Juni, vormittags 9 Uhr, in den Armuthallen, Kommandantenstraße 25-26, statt.

Agendapunkt:

1. Geschäfts- und Anwesenheitsliste 1921/1922.
2. Sitzungsänderung zur Parteiverfassung.
3. Wahlen:
 - a) der Vorsitzenden, Schriftführer, Kassieren und der Vertreter des Frauen.
 - b) der Beisitzer für den „Vorwärts“ (20).
 - c) des Bildungsvereins (3).
 - d) der Mitglieder für den Bezirksvorstand des Bezirks Arbeiterbund (6).
- e) der Mitglieder für den Bezirksvorstand für Arbeiterwohlfahrt (9).

Beständig Wahl der Delegierten nachweislich mit auf Programm 14-17 anderer Parteien sowie auf Nr. 8 der „SPD-Mitteilungen“.

Anträge sind bis 18. Juni dem Bezirksvorstand einzureichen. Delegierten und Gastlisten geben den Abschlüssen rechtzeitig an.

Bezirksvorstand.

Nächste Sitzung: Sonntag, den 24. Juni, abends 6 Uhr, im Sekretariat, Lindenstr. 2. Bisherige Tagesordnung: Alle Streitigkeiten werden geleitet.

13. Mt. Nachb. Berlin, den 20. Juni, 3 Uhr, öffentliche Parteiverammlung bei Aebler, Berliner Str. 39. Thema: „Die wirtschaftliche Lage“. Ref. Dr. Müller, Partei.

2. Kreis. Tiergarten, Freitag, den 20. Juni, 7 Uhr abends, Arbeitervertreterversammlung in den Armuthallen, Bremer Str. 79. Tagesordnung: „Parteilichkeiten“. Um 8 Uhr erweiterte Arbeiterwohlfahrt zu Teil. Die Delegierten müssen unbedingt erscheinen.

6. Kreis. Kreuzberg, Freitag, den 20. Juni, 7 Uhr, Arbeitervertreterversammlung in der Arbeiterwohlfahrt bei Aebler, Berliner Str. 39. Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage“. Ref. Dr. Müller, Partei.

7. Kreis. Prenzlauer Berg, Freitag, den 20. Juni, 7 Uhr abends, Arbeitervertreterversammlung in der Arbeiterwohlfahrt bei Aebler, Berliner Str. 39. Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage“. Ref. Dr. Müller, Partei.

11. Kreis. Prenzlauer Berg, Freitag, den 20. Juni, 7 Uhr abends, Arbeitervertreterversammlung in der Arbeiterwohlfahrt bei Aebler, Berliner Str. 39. Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage“. Ref. Dr. Müller, Partei.

11. Kreis. Prenzlauer Berg, Freitag, den 20. Juni, 7 Uhr abends, Arbeitervertreterversammlung in der Arbeiterwohlfahrt bei Aebler, Berliner Str. 39. Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage“. Ref. Dr. Müller, Partei.

Heute, Donnerstag, den 22. Juni:

- Jugendgruppen. Gruppe Wilmers. 7½ Uhr im öffentlichen Saal des Reichshaus, Kottbuscher Str. 10. Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage“. Ref. Dr. Müller, Partei.
- Gruppe Köpenick. 7 Uhr im öffentlichen Saal des Reichshaus, Kottbuscher Str. 10. Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage“. Ref. Dr. Müller, Partei.
- Gruppe Prenzlauer Berg. 7 Uhr im öffentlichen Saal des Reichshaus, Kottbuscher Str. 10. Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage“. Ref. Dr. Müller, Partei.

Morgen, Freitag, den 23. Juni:

- Mt. Nachb. Berlin, den 23. Juni, 3 Uhr, öffentliche Parteiverammlung bei Aebler, Berliner Str. 39. Thema: „Die wirtschaftliche Lage“. Ref. Dr. Müller, Partei.

- 4. Kreis. Prenzlauer Berg. 7 Uhr abends, Arbeitervertreterversammlung in der Arbeiterwohlfahrt bei Aebler, Berliner Str. 39. Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage“. Ref. Dr. Müller, Partei.

Geschäftliche Mitteilungen.

Wir helfen auf bis am 17. Juli 1922, 11 Uhr, Antifaschisten-Parteiverammlung der Reichsleitung in Berlin.

Reise- und Sportkleidung!

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, die nach den neuesten Modellen verfertigt sind.

Reise-Ülster und Schlüpfer aus Homespun, Flachsgrün u. Chevrotstoff, in mod. Ausf. v. M. 3590 bis 900 ⁰⁰	Sport-Anzüge aus prima Stoffen, erstklassige Verarbeitung, mit Brosche oder langer Hose v. M. 2990 bis 2000 ⁰⁰	Knaben - Stoffanzüge in mannichfaltigen Mustern und Ausführungen Gr. 53: I von M. 890 bis 250 ⁰⁰
Sport-Paletots aus Covercoat und Chevrot v. M. 3090 bis 1650 ⁰⁰	Doppelmäntel v. hellen Stoffen zu trag. als Ulster o. L. Reppmantel v. M. 890 bis 2200 ⁰⁰	Knaben-Waschanzüge aus Satin, Regatt, Perkal usw. in jeder Form Gr. 53: I von M. 490 bis 190 ⁰⁰
Reiseanzüge aus guten strapazierfähigen Stoffen in den neuesten Mustern und Farbstellungen v. M. 1990 bis 1200 ⁰⁰	Loden - Pelorien aus festem Strichloden v. M. 1190 bis 900 ⁰⁰	Barschen-Stoffanzüge in Jackett- und Sportform, auch mit Korduroy, in den schönsten Mustern Gr. 53: I von M. 1990 bis 320 ⁰⁰
Promenadenanzüge nach den neuesten Modellen verarbeitet, tadelloser Sitz v. M. 490 bis 2000 ⁰⁰	Ruler-Jackets aus gutem blauen Chevrot v. M. 1890 bis 1000 ⁰⁰	Barschen-Waschanzüge aus festem Drell- oder Zwirnstoff v. M. 590 bis 210 ⁰⁰
Galaways und Westen aus besten marengo und schwarzen Stoffen v. M. 2790 bis 1900 ⁰⁰	Hosen verschiedener Art, aus Chevrot od. Kawwara, in vielen schönen Strichmustern v. M. 890 bis 290 ⁰⁰	Jünglings-Anzüge in Jackettform, aus gutem Wolstoff, modern verarbeitet Gr. 53: I von M. 2990 bis 990 ⁰⁰
Sport-Anzüge mit Breecheshose aus Manchester v. M. 2100 bis 1500 ⁰⁰	Sporthosen aus Manchester, Homespun u. Kato, Stoffe, Breechesform v. M. 790 bis 450 ⁰⁰	Jünglings-Anzüge in Sportform u. Breechesform aus Homespun und Flachsstoff v. M. 2190 bis 1000 ⁰⁰
Sport-Anzüge mit Breecheshose aus farbigem Loden oder anderen schön gemusterten Stoffen v. M. 1990 bis 950 ⁰⁰	Tennishosen in Baumwolle 300 ⁰⁰ in Wolle v. M. 590 bis 750 ⁰⁰	
	Lodenmäntel aus eleganten Strichloden, wasserfest, f. Damen u. Herren, auf Reppmantel, für den Aufenthalt am Seestrand, f. u. Gebirge und Kanort sehr geeignet v. M. 1590 bis 850 ⁰⁰	

Stroh Hüte u. Filzhüte, Trikotasen, Rucksäcke, Badeanzüge, Sportkleidung, Stoffe in großer Auswahl, sehr preiswert!

Anfertigungen nach Maß unter Leitung erprobter Meister

BAER SOHN

Banken für Behörden, Banken u. Industrielle, Unternehmungen

Berlin nur Chaussee-Strasse 29-30

Berliner Elektriker-Genossenschaft

E. G. m. b. H.
Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstraße 24.
Bilanz am 31. Dezember 1921.

Aktiva	M.	Passiva	M.
Inventar-Konto	1.721,-	Geschäftsant.-Kto.	9.629,-
Material-Konto	36.667,90	Reservefonds-Kto.	14.841,06
Kassa-Konto	117,57	Zinsen-Konto	530,80
Bank-Konto	6.149,13	Darl.-Kto. d. Migl.	58.070,-
Postcheck-Konto	1.573,31	Berlebschule	5.092,-
Kto.-Korrent-Kto.	91.972,80	Kto.-Korrent-Kto.	70.357,93
Forderungen	1.670,-	Akonto-Zahlung	5.019,50
Kautionen	1.670,-	Gewinn	549,19
Begonnen Arbeiten	21.282,47		
105/19) Summa	104.081,48	Summa	104.081,48

Mitgliederzahl am 31. Dezember 1921: 37. Eingetretene: 9
Ausgetretene: 1. — Mitgliederzahl am 31. Dezember 1921: 24
Die Mitglieder-Geschäftsguthaben betragen am 31. Dezember 1921: 9929,- M. — Die Haftsumme, für welche am 31. Dezember 1921 alle Genossen zusammen aufzukommen haben, beträgt 42 Geschäftsanteile à 400,- M. = 16.800 M.
Der Vorstand.
Fritz Lindau, Rudolf Milatz, Otto Stäcker.

Am 27. und 28. Juni

Ziehung 1. Klasse der Preuss.-Süddeutschen Klassen-Lotterie

750.000 Lose, 637.000 Gewinne in 5 Klassen zusammen

320 Millionen Mark

hierunter die Prämien und Hauptgewinne von

- 6 × 1.000.000
- 6 × 500.000
- 6 × 300.000
- 6 × 200.000
- 4 × 150.000
- 8 × 100.000

Los-Preis für jede Klasse: Voll-Lose für alle 5 Kl.: 15,- 21,- 24,- 62,- 124,- 80,- 78,- 156,- 312,- 624,-

Friedrich Müller Berlin C19

in Firma Lud. Müller & Co., Jerusalemstr. 18
Postcheckkonto 31106

Kunstspielpianos u. Flügel

VIRTUOLA

Fußbetrieb / Elektrisch
beides vereinigt

ermöglichen gleichzeitig Wiedergabe der Musikstücke nach Auffassung des Künstlers und Selbstausspielung

Römhildt A.-G. Leipzig Str. 119
bis 120, I. Stock

Zähne von 15 N. Teilzahl 2/3 Jar. Kronen an 30 N. Zahl. m. Einspr. h. schmerzlos, Unarb. schneidlos. Geb. 10 N. 1. Zahn: Dr. Wolf, Poststr. 15, Rathstr. 2. Sp. 1-7

Einfamilienhaus

ca. 4 Zimmer,
Preis bis 300.000 Mt.,
innere Stadt-Berlins
gerucht, Angebots-
blätter Weber, Krupp-
lager Str. 21, II.

Krause Pianos

zur Miete

Anbacher Str. 1,
Eins. Berlin-Mitte

Ich glaube es jetzt,



daß scharf bleichende
Waschmittel
die Wäsche zerstören
und nehme nur noch

Schnepfenpulver Schneckenig.

Generalvertretung und Lager: Adolf Reimschuessel,
Berlin S 42, Luisenwer 46.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus Schatzgräber 7 1/2 Uhr
Volksbühne Theater a. Bismarckpl. 7 1/2 Uhr
Der Verschwender

Schauspielhaus Die Wübe des Gefühls
Deutsch. Theat. 7 1/2 Uhr
Potsch und Perlmutter

Gr. Schauspielh. (Karlsruhe) 7 1/2 Uhr
Komische 7 1/2 Oper 7 1/4
Der Meister vom Montmartre

Trianon - Th. Täglich 8 Uhr
Moral

Komödienhaus 8 Uhr
Gretchen

Berliner Th. 7 1/2 Uhr
Madame Filzi

Central-Theater 8 Uhr
Mädels v. Davos

Deutsch. Opernh. 7 1/2 Uhr
Don Juan

Infinim Theater 8 Uhr
Die Peluche und Lauf doch nicht immer nach Berlin

Lustspielhaus 8 Uhr
Der Werwolf

Metropol-Theater 7 1/2 Uhr
Die Bajadere

Neues Operett.-Th. 8 Uhr
Neues Theat. am Zoo 8 Uhr
Scarpolo

Neues Volksbühnen 7 1/2 Uhr
Schuster Aiolos

Schiller-Th. Charlitz. 7 1/2 Uhr
Charlays Tante

Th. a. Hollendorfl. 7 1/2 Uhr
Verlebte Leute

Theater des Westens 8 Uhr
Bis früh um fünf

Wallner-Theater 7 1/2 Uhr
Die beiden Nachbarn

Walhalla-Theater 8 Uhr
Das Gasthaus zur Liebe

Theater des Ostens (Kasse-Theater) Auf d. Gartenb. 5 1/2 Uhr
Die Waise

UFA-PALAST AM ZOO Morgen 1/2 9 Uhr: Uraufführung des großen HENNY PORTEN Lustspiels Sie und die 3

Neue Welt Arnold Scholz Hasenheide 100/114
Donnerstag, den 22. Juni 1922: Elite-Tag

Residenz-Th. Täglich 8 Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung

Metropol-Varieté Behrenstr. 34
Freitag, 23. Juni, 9 Uhr: Der Kaiser für Ernstriedel

Berliner Prater-Theater Kastanienallee 7-9
Heute Donnerstag Großer Volkstag

Die Prinzessin v. Nil Operette in 3 Akten
Beginn 8 Uhr

Inferate im Vorwärts sichern Erfolg!

Warum sind wir so billig?! weil unsere alten Abschlüsse noch laufen
Gummimäntel, Dozener Mäntel, Sporthosen, Breeches, Arbeitsmittel, Arbeitskleidung, Sommer-Joppon

Frauenleiden und deren Verhütung Mit Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. Erhalt' Dir Deine teuren Schenke, Verwende nur Urbin dazu

Gold- u. Silber-Bruch Brillanten etc. Juwelen-Einkaufs-Gesellschaft Hopfenfeld & Co. Beuthstraße 12 (Spittelmarkt)

Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien. Einladung zu der am Montag, den 17. Juli 1922, vormittags 11 Uhr, im Bankgebäude zu Berlin, Behrenstr. 34/36, abzuhaltenden ordentlichen Generalversammlung.

Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien Goldschmidt, Hincke. Soeben erschien! Z. LEDER Soeben erschien! Die Offensive des Kapitals u. d. Einheitsfront des Proletariats

Ziehung 1. Klasse am 27. u. 28. Juni Preuß. Staats-Lotterie 300 Millionen M. 6mal 1 Million M. 6mal 500 000 M. 6mal 300 000 M. 6mal 200 000 M.

Verkäufe Schillerstr. 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000

Musikinstrumente, Arbeitsmarkt, Stellangebote, Kaufgesuche, Möbel

Bekanntmachung, Stadtsanitätsarzt, Berliner Firma, Vertreter gesucht, Hellerin, Heimarbeiterinnen, Fuhrherren, Automaten-Einrichter, Wertzeugmacher, Schlosser, Metallschleifer, Otto Roth, Aktiengesellsch.

